

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Franz Grüter (SVP): Búezer-Bschiss auf Baustelle. Seite 3



Widerstand bringt Rosen

Mark Briguglio (24) wehrte sich mit Erfolg gegen dreisten Gärtnerei-Chef. Seite 2

20 Jahre nach «Reconvilier»

Der Streik bei Swiss-metal bewegte einst den ganzen Berner Jura. Und heute? Eine Reportage. Seiten 10–11

Die drei ??? und die Pensionskasse

work weiss, wie Sie Ihren Vorsorgeausweis enträtseln. Seiten 18–19

Mesken Kahraman (37) kam als kleines Kind in die Schweiz. Jetzt hat sie endlich einen...

Pass mit allen Schikanen

Das grosse Bürgerrecht-Dossier:
Zahlen, Fakten, Erfahrungen

Seiten 12–13



YNYSYBWL

Ynysybwyl. Nein, da ist kein Kätzchen über die Tastatur gelaufen. So heisst ein Ort in Wales, Grossbritannien, der in die Geschichte eingehen wird: als Dorf, aus dem die ersten Klimaflüchtlinge der Insel änet des Ärmelkanals kommen. Weil ihre Häuser unbewohnbar sind. Mit der Klimaerhitzung tritt das Flüsschen am Dorfrand immer häufiger und immer schneller über die Ufer und dringt mit gewaltiger Wucht in die Häuser ein. In den letzten sechs Jahren hat die Gemeinde fast 170 Millionen Franken ausgegeben für Wiederaufbau und Schutzmassnahmen. Doch jetzt ist Schluss. Jahrelange Abklärungen haben

Die Schweiz ist besonders stark von den Folgen der Klimakrise betroffen.

ergeben: Für zusätzliche Massnahmen sind die Kosten höher als der Nutzen. Deshalb werden jetzt die Häuser am

Flussufer demoliert, die Bewohnerinnen und Bewohner müssen wegziehen. Paul Thomas wohnt seit 40 Jahren am Fluss. Er sagte zum britischen «Guardian»: «Ich hätte mir gewünscht, dass sie den Fluss sanieren, aber sie können nichts mehr tun. Ein Narr, wer glaubt, dass es keinen Klimawandel gibt ... Das Klima hat sich verändert, so einfach ist das.»

EXTREM. Die Folgen der Klimakrise sind real. Und die Schweiz ist besonders stark betroffen. Bereits heute ist es fast 3 Grad wärmer als im vorindustriellen Durchschnitt. Die Schweiz wird heisser, trockener, schneeärmer und katastrophenreicher. Das bedeutet für Búezerinnen und Búezer: Hitze am Arbeitsplatz, steigende Gesundheitsrisiken, höhere Wohnnebenkosten. Und die extremen Wetterereignisse nehmen zu. Und das wird extrem teuer. Die Helvetia-Versicherung hat berechnet, dass die Kosten für die Schäden durch Unwetter in den letzten zehn Jahren um 133 Prozent angestiegen sind im Vergleich zu den zehn Jahren davor.

MAKABER. Insgesamt kosten die durch die Klimakrise verursachten Schäden pro Jahr fast eine Milliarde Franken. Bis 2060 dürften es 34 Milliarden Franken sein. Angesichts dieses Ausmasses sind die Argumente der Gegnerinnen und Gegner der Klimafonds-Initiative (Die Mitte – ohne die Frauen, die GLP – ohne die Jungen, FDP und SVP) zynisch bis makaber: Sie führen ein arg belastetes Bundesbudget oder eine Schwächung der Schuldenbremse ins Feld. Und wenn gar nichts mehr geht, kommt ihnen ganz plötzlich die nächste Generation in den Sinn: Diese brauche ein sauberes Bundesbudget. Koste es, was es wolle.

GERECHT. Die Klimafonds-Initiative will 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Gebäudesanierungen, erneuerbare Energien, klimafreundliche Mobilität und die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften investieren. Finanziert ausdrücklich aus der Bundeskasse, nicht über Kopfsteuern oder Konsumabgaben, sozial gerecht. Der Fonds wäre ein Jahrhundertprojekt wie die Investitionen in den Ausbau der SBB oder in die Wasserkraft. Eine mutige Antwort auf die Jahrhundert-Herausforderung (Seite 6 und auf [workzeitung.ch](#)). Und alles andere als für die Katz.

Gärtner Mark Briguglio gewann gegen eine bockige Bude
«Irgendwann hatte ich die Schnauze voll»

Weil Mark Briguglio eine Woche krank war, kürzte ihm die Firma den Lohn. Erst als er die Unia einschaltete, hörten die Mätzchen auf.

CHRISTIAN EGG

Als er die Lohnabrechnung kontrolliert, merkt Mark Briguglio: Da fehlt einiges. Vier Monate lang hat er im Gartenbau gearbeitet. Aber die Firma hat ihm für die sechs Arbeitstage, die er krank war, keinen Lohn ausbezahlt. Und für einen Betriebsausflug, der in seinem letzten Monat stattfand, hat sie ihm fünf Arbeitsstunden gestrichen.

Unia-Mitglied Briguglio weiss: Beides ist unzulässig. Er fragt bei der Firma nach – doch die weigert sich, zu zahlen. Mit dem Argument, die Taggeldversicherung der Firma übernehme diese Kosten nicht. Briguglio insistiert:

Ohne Unia hätte er nicht den Schnauf gehabt.

«Ich habe versucht, ihnen klarzumachen, dass ich Anrecht auf Lohn habe.

Auch wenn ich krank war. Wenn die Versicherung nicht zahlt, ist das nicht mein Problem. Dann muss der Betrieb halt selber zahlen.» Doch die Gärtnerei bockt weiter und zahlt nicht.

POST VON DER UNIA

Irgendwann, so der 24jährige, habe er «die Schnauze voll gehabt». Er wendet sich an die Unia-Rechtsberatung in Thun BE. Diese erinnert den sturen Gärtnermeister mit einem eingeschriebenen Brief an seine Pflichten: Erstens schulde er, nach maximal zwei unbezahlten Tagen, den Lohn auch bei Krankheit. Auch wenn die Versicherung erst später zahle. Und zweitens müsse er Briguglio den Betriebsausflug als Arbeitszeit anrechnen. Denn dieser habe seine Arbeitskraft angeboten und seine Pflicht mit seiner Anwesenheit erfüllt. Falls die Firma den Forderungen nicht nachkomme, so der Unia-Brief, «werden wir ohne weitere Ankündigung rechtliche Schritte gegen Sie einleiten».

Das wirkt. Endlich überweist die Firma Mark Briguglio den ausstehenden Betrag,



MIT DER GEWERKSCHAFT IM RÜCKEN: Gärtner Mark Briguglio hat sich erfolgreich gegen seinen früheren Arbeitgeber gewehrt. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

rund 1400 Franken. Der ist erleichtert. «Total mühsam» sei es gewesen, sich mit der Bude herumzuschlagen. Ohne eine Gewerkschaft im Rücken hätte er kaum den Schnauf gehabt für diese Auseinandersetzung. Er

sagt: «Die hätten mir irgendwann ein paar Hundert Franken angeboten, um Ruhe zu haben. Und ganz ehrlich, ich hätte eingewilligt. Nur dank der Unterstützung der Unia habe ich den vollen Betrag bekommen.»

IT-Chaos: Wie die Unia-ALK den Seco-Patzer abfedert

Die Einführung einer neuen Software durch das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) löste ein landesweites Chaos aus. Wie die Unia-Arbeitslosenkasse durch die Krise kommt, und wie sie die Folgen für die Versicherten kleinhält.

ROCCO ZACHEO

In den letzten Wochen wurde die Situation für viele Arbeitslose in der Schweiz existenzbedrohend. Wegen schwerwiegender IT-Störungen bei der neuen Software zur Bearbeitung von Anträgen erhielten viele ihre Leistungen

Um die Not zu lindern, leistete die Unia Vorschüsse.

für Dezember und Januar nicht. Die Folgen sind fatal: Unbezahlte Mieten, Mahnkosten und Krankenkassenprämien häufen sich. Das Seco macht die Komplexität der IT-Umgebung und Schnittstel-

lenprobleme für das Fiasko verantwortlich.

DER KERN DES PROBLEMS

Die Unia-Arbeitslosenkasse (ALK), die grösste des Landes, blieb von den Turbulenzen nicht verschont, konnte die Auswirkungen jedoch dämpfen. Ihre Auszahlungsquote liegt über dem Durchschnitt aller Kassen. Timur Öztürk, Leiter der Unia-ALK und Mitglied der Unia-Geschäftsleitung, sieht das Problem differenziert. Er betont, dass die Software an sich Potential hat: «Sie unterscheidet sich natürlich komplett von der alten Software und erfordert eine längere Einarbeitungszeit. Sie bietet Automatisierungen, die den Mitarbeitenden sehr helfen werden.»

Laut Öztürk lag die Krux nicht im Kernsystem, sondern an der Peripherie: «Die aktuellen Probleme hängen eher mit der Leistungsfähigkeit der Eingangsverarbeitung zusammen, also mit den Dokumenten, die per Scanning eingehen. Die Plattform Job-Room ist wichtig für eine bessere



VORSICHTIG OPTIMISTISCH: Unia-Mann Timur Öztürk.

FOTO: MANU FRIEDERICH

Übermittlung der Dokumente, war aber Ende Januar mehrere Tage lang gesperrt, ist aber entscheidend für den reibungslosen Ablauf.»

UNIA-ALK SCHIESST VOR

Um die Not der Versicherten zu lindern, verpflichtete sich die Unia-ALK zu Vorschüssen an anspruchsberechtigte Stellenlose. Doch das Hauptproblem liegt laut Öztürk an anderer Stelle: «Das Problem liegt bei den Neuanmeldungen. Bei Versicherten, die im November, Dezember oder Januar gemeldet wurden, kam es zu erheblichen Verzögerungen. Angesichts der

Softwareprobleme konzentrierten sich alle Kassen auf die bestehenden Zahlungen und gerieten bei den Neuzugängen in Verzug. Jetzt arbeiten wir hier mit Hochdruck, um die Neuanmeldungen zu verarbeiten.»

SONDERSCHICHTEN

Dass die Unia-ALK vergleichsweise stabil blieb, ist kein Zufall. Man habe die radikalen Änderungen frühzeitig antizipiert. Öztürk: «Wir haben zusätzliches Personal eingestellt, es geschult und auf die Umstellung vorbereitet.» Viele Mitarbeitende arbeiteten mehrere Samstage hintereinander, um die Umstellungsphase zu bewältigen. Trotz den massiven Pannen zeigt sich Öztürk, der seit über 30 Jahren bei der Unia-ALK tätig ist, vorsichtig optimistisch: «Seit einigen Tagen hat sich das System etwas stabilisiert. Die Teams können etwas durchatmen. Wir müssen wirklich hoffen, dass das so bleibt.»

Den ausführlichen Hintergrundbericht lesen Sie unter: [rebrand.ly/secopatzer](#)



PROFITEUR: Bei SVP-Mann Franz Grüter klingelten die Kassen, während Búezer bei Elektroarbeiten im Datacenter abgezockt wurden. FOTO: KEYSTONE

Rekord-Bschiss für Amazon Billig-Stromer in SVP-Grüters Datacenter

Für die US-Datenkrake Amazon baute die Firma von SVP-Nationalrat Franz Grüter 2022 ein riesiges Rechenzentrum im Aargau. Seither kommt es dort immer wieder zu Lohndumping. Die Dimensionen sind massiv.

JONAS KOMPOSCH

Mit dieser Beschuerung wird Bogdan Popescu* nie gerechnet haben: gut 42 000 Franken. So viel hat der Elektriker aus der rumänischen Hauptstadt Bukarest letzten August überwiesen bekommen. Auf einen Schlag. Das ist mehr als doppelt so viel wie sein normaler Jahresverdienst. Auch drei weitere rumänische Kollegen Popescus wurden von einem Geldsegen überrascht. Insgesamt floss eine Summe von 170 000 Franken. Das geht aus Zahlungsbelegen hervor, die work vorliegen.

Gezahlt hat das Geld die Firma Convergent, eine multinationale Anbieterin elektronischer Sicherheitssysteme. Sie hatte 2024 die rumänische Elektrofirma Helinick geschluckt, die frühere Arbeitgeberin der vier Stromer. Diese waren wiederholt ins Ausland entsandt worden – 2023 auch nach Lupfig in den Kanton Aargau.

GREENS FETTER FANG

Dort hatte der Luzerner IT-Unternehmer und SVP-Nationalrat Franz Grüter (62) mit seiner Tech-Firma Green ein riesiges Rechenzentrum aus dem Boden gestampft. Zugunsten von Amazon Web Services, einem Tochterunternehmen von Amazon. Der US-Mischkonzern von Multimilliardär Jeff Bezos ist seither Mieter in einem der drei Lupfiger Datacenter. Schon 2020 hatte die Datenkrake und Versandhändlerin angekündigt, in der Schweiz für 5,9 Milliarden Franken ein «Infrastruktur-Cluster» aufzubauen. Dass damit Ärger drohte, hätte man ahnen können. Schliesslich steht Amazon seit Jahren und weltweit in der Kritik. Wegen brutalen Leistungsdrucks, systematischer Überwachung, gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens und der Weigerung, für seine 1,5 Millionen Mitarbeitenden Gesamtarbeitsverträge abzuschliessen. Grüters Green aber profitierte im grossen Stil. Allein der Bauauftrag für Amazon wurde auf 70 Millionen Franken geschätzt. Obendrauf dürften jährlich üppige Einnahmen für Miete und IT-Betreuung kommen. Bei Grüter klingelten jedenfalls die Kassen.

Die «Bilanz» zählte ihn schon 2017 zu den reichsten Parlamentariern der Schweiz – mit geschätzt 20 Millionen Franken Vermögen. Seither dürfte sein Portemonnaie noch dicker geworden sein. Denn nach der «Bilanz»-Schätzung hat Grüter seine Green-Anteile verkauft. Und unter ihm als Verwaltungsratspräsident wuchs Green zünftig, auch dank US-Grosskunden wie Google oder Amazon. Letzten Oktober trat Grüter aus dem Verwaltungsrat zurück. Und liess verlauten, sich «künftig auf seine politische Tätigkeit als Nationalrat zu konzentrieren». Sagt einer, der sich einst als «grösster Trump-Fan im Bundeshaus» bezeichnete. Und der im Leitungsausschuss einer Partei sitzt, die laut Programm «für die Abschaffung der flankierenden Massnahmen kämpft». Also jener Kontroll- und Schutzinstrumente, die gewährleisten, dass entsandte Arbeitskräfte aus dem Ausland die Schweizer Lohn- und Arbeitsbedingungen einhalten. Pikant: Fast zeitgleich mit Grüters Abgang kassierte die Paritätische Kommission der Aargauer Elektrobranche (PK) eine rekordhohe Konventionalstrafe – wegen Lohndumping in Grüters Datacenter.

Grüter hat mit dem Rüpel-Konzern Geschäfte gemacht, ohne auf diesen einzuwirken.

KANTON BESTÄTIGT VERSTÖSSE

Auf work-Anfrage bestätigt das Amt für Migration und Integration des Kantons Aargau mehrere Kontrollgänge auf dem Firmengelände von Green, auch solche unter Beteiligung kantonalen Inspektors, was äusserst selten vorkommt. Im Visier waren immer Firmen, die im Auftrag von Amazon Elektroarbeiten im Datacenter ausführten. work hat auf Grundlage des Öffentlichkeitsgesetzes Akteneinsicht verlangt. Konkret eine Auflistung sämtlicher in den Lupfiger Datacentern registrierten Verstösse gegen das Entsendegesetz. Und ebenso die daraus resultierten Sanktionen und die Namen der fehlbaren Firmen. Der Kanton hat work eine solche Liste zugesichert, will Green aber zuerst noch das rechtliche Gehör gewähren. Dies, obwohl man dort der Meinung ist, nichts mit dem Dumping zu tun zu haben. Dazu Green-Sprecherin Susanne Felice-Tanner: «Zwischen unserem Unternehmen und der genannten Firma bestand zu keinem Zeitpunkt ein Auftragsverhältnis, und es erfolgte auch keine Beauftragung über Dritte im Namen der Green.» Man halte sich immer an die geltenden Gesetze und Sicherheitsvorschriften. Und: «Tätigkeiten im Datacenter werden ausschliesslich von qualifiziertem Personal sowie von eige-

* Name geändert

Data-Platzhirsch Green: Vom Bauernverband in Britenhand

Der Ursprung von Green liegt nicht etwa im Silicon Valley, sondern in der Schweizer Landwirtschaft, konkret beim Bauernverband. Dieser hatte schon früh computerraffine Funktionen, die 1995 den Internetpionier agri.ch gründeten. Damit ermöglichten sie in den ländlichen Regionen das Surfen zum Lokaltarif. Aus Agri wurde der Provider green.ch, den Franz Grüter 2008 übernahm und zum Datahub-Dienstleister ummodelte. 2011 entstand in Lupfig AG das erste Hochsicherheits-Datacenter. In Zürich kamen drei weitere hinzu. Green ist heute mit 160 Mitarbeitenden der grösste Anbieter in der Schweiz. Eigentümer ist seit Oktober 2025 der IFM Global Infrastructure Fund, ein Vermögensverwalter im Besitz britischer und australischer Pensionsfonds. (jok)



BRANCHEN-PRIMUS: Das Datacenter von Green in Lupfig AG. FOTO: KEYSTONE

nen ausgebildeten Elektrikern ausgeführt.» Wirklich?

«KENNEN NICHTS VERGLEICHBARES»

work weiss von insgesamt sechs Fällen, bei denen ausländische Elektrobuden im Datacenter Lupfig negativ aufgefallen sind. Einmal waren elf polnische Elektriker involviert, einmal vier Stromer aus Kroatien, ein andermal neun Scheinselbständige aus Irland. Stets im Auftrag von Amazon. Meist wurden hohe Lohnverstösse festgestellt, manchmal auch missachtete Meldepflichten. Wie bei den vier Búezern aus Bukarest. Gewerbler Jürg Rubin ist Präsident der Paritätischen Kommission Elektro Aargau und führt im Fricktal ein Stromergeschäft mit 30 Angestellten. Für ihn ist der Fall der Rumänen in vieler Hinsicht extrem: «Es waren nur vier Arbeiter involviert, denen aber das Mehrfache ihres Jahreslohns im Heimatland nachbezahlt werden musste.» Entsprechend hoch fiel die Konventionalstrafe aus: 75 000 Franken musste Convergent bezahlen. Eine Anfrage dazu lässt die Firma unbeantwortet. Doch Rubin sagt: «Ähnlich schwerwiegende Fälle kennen wir nur wenige, im Aargau gab es bisher nichts Vergleichbares.» Der Fall habe aber auch seine gute Seite: «Er zeigt, dass das Kontrollregime in der Schweiz funktioniert und wie wichtig es ist, um die Schweizer Arbeitsbedingungen zu schützen.» Denn gleichzeitig zeige sich in Lupfig, wie schnell sich Dumping ausbreiten würde, wenn Kontrollen aufhörten. Für Rubin ist daher klar: «Eine Schwächung der Lohnkontrollen muss unbedingt verhindert werden, ganz im Gegenteil braucht es für die Sozialpartner noch bessere Mittel, um auch Auftraggeber zur Verantwortung zu ziehen, statt den einzelnen Dienstleistern nachrennen zu müssen.»

GRÜTER WINDET SICH

Und was sagt Franz Grüter zu den Zuständen in Lupfig? Immerhin ist das Dumping in seinem Haus nur aufgefliegen, weil jede Entsendemeldung automatisch eine Kontrolle zur Folge hat. Das garantieren die flankierenden Massnahmen, die Grüters SVP bekämpft. Auch er selbst werte wiederholt gegen eine «Lohnpolizei», die «nach Lohndumping fahndet». Jetzt aber windet er sich. Als Gegner der flankierenden Massnahmen wolle er sich nicht per se verstanden wissen. Diese seien «ein notwendiges Übel», solange die Personenfreizügigkeit bestehe.

Ansonsten versichert Grüter, dass während seiner Zeit als VR-Präsident stets nach Gesetz und nur mit Fachkräften gearbeitet worden sei. Aber: «Für Arbeiten, die Kunden innerhalb ihrer gemieteten Flächen mit eigenen Auftragnehmern durchführen lassen, bestanden weder ein Auftragsverhältnis mit Green noch eine Einflussnahme auf deren arbeitsrechtliche Ausgestaltung.» Grüter hat also mit dem Rüpel-Konzern Geschäfte gemacht, ohne auf diesen einzuwirken – trotz zahlreichen einschlägigen Vorgeschichten. Und Amazon? Schweigt. Für PK-Präsident Rubin ist umso klarer: «Das Datacenter wird für unsere Kontrolleure auf der Watchliste bleiben!»

LMV: Auch die Poliere profitieren

ZÜRICH. An der Delegiertenversammlung vom 24. Januar sagten die Unia-Bauarbeiter klar Ja zum neuen Landesmantelvertrag (LMV). Er bringt unter anderem eine neue Baustellenzulage von 4 Franken pro Tag für alle, steigend bis 2028 auf 9 Franken. Neu wird die Reisezeit ab der ersten Minute angerechnet und in die Wochenlimite von 50 Stunden einbezogen; darüber gilt ein Zuschlag von 25 Prozent. Nach dem LMV-Abschluss wurde auch der Baukadervertrag für Poliere verhandelt. Trotz Widerstand des Bau-meisterverbands setzten sich die Gewerkschaften durch: Sämtliche LMV-Neuerungen gelten nun auch für Poliere.

Preisgekrönt für ihren Mut

BERN. Während der Pandemie baute die Migros in Pratteln BL ein neues Verteilzentrum und lockte 130 Mitarbeitende mit einem Bonus. Doch wer krank wurde, verlor den Zuschlag – viele arbeiteten



PREISTRÄGERIN LIDA NACHREINER: Ihr Mut hat vielen Búezerinnen und Búezern geholfen. FOTO: WORK

trotz Krankheit. Das erlebte auch Lida Nachreiner (45), die krank entlassen wurde. Sie wehrte sich und lancierte 2025 mit Kolleginnen eine Petition, unterstützt von der Mehrheit der Belegschaft. Als der SRF-«Kassensturz» berichtete, reagierte die Migros: Bonus in Fixlohn integriert, Abzüge abgeschafft, Abläufe verbessert. Dafür erhielten Nachreiner und ihr Team jetzt den Prix Engagement. Mit dem Preis würdigt die Delegiertenversammlung des Unia-Tertiär-Sektors jedes Jahr besonders engagierte Mitglieder aus Dienstleistungsberufen.

Mitgliederschwund fast gestoppt

BERN. Bei den allermeisten Gewerkschaften sinken die Mitgliederzahlen seit Jahren. So auch bei der Unia. Doch ihr gelingt es immerhin, den Rückgang immer besser zu bremsen. 2025 gelang fast die Trendwende. Der Bestand schrumpfte um nur 0,4 Prozent auf 170873 Mitglieder. Das sind 708 weniger als im Vorjahr. Erfreulich: In der Pflege wuchs die Mitgliederzahl 2025 um 6,4 Prozent, in der Reinigung um 5,8 Prozent und im Gastgewerbe um 2,9 Prozent. Auch Bauhauptgewerbe und Logistik verzeichneten Zuwächse. Positiv entwickelte sich der Anteil Erwerbstätiger mit plus 0,3 Prozent und einem Anteil von 88,7 Prozent. Der Frauenanteil stieg von 18 Prozent bei der Gründung auf heute 29 Prozent, begünstigt durch das Wachstum des Sektors Dienstleistungsberufe.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Erschreckend häufig: Arzt belästigt Ärztin



ALARMIEREND: Ein Drittel der befragten Ärztinnen und Ärzte berichten von mehreren Übergriffen pro Jahr, manche von mehreren pro Woche, einige werden sogar täglich belästigt. FOTO: ZVG

Fast ein Drittel der Ärztinnen und Ärzte in der Schweiz haben sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz erlebt. Das zeigt eine neue Studie des Universitätsspitals Lausanne. Die Zahlen sind alarmierend. Doch fast ebenso beunruhigend ist, was danach passiert: meistens nichts.

31,3 Prozent der 1837 befragten Mediziner gaben an, Belästigung erfahren zu haben. Frauen

In über einem Drittel der gemeldeten Fälle folgen keinerlei Massnahmen.

trifft es dreimal häufiger als Männer. Die Hälfte der Betroffenen erlebt solche Übergriffe wiederholt – manche wöchentlich, einige täglich. Besonders betroffen sind allgemeine Chirurgie (37%), Pädiatrie (36%) und innere Medizin (33%).

Die Täter? In 47 Prozent der Fälle ärztliche Kollegen, vor Patienten (42%) und Vorgesetzten (41%). Wer nach oben blickt und dort seinen

Belästiger sieht, schweigt: 71 Prozent melden die Vorfälle nicht. Der Hauptgrund: Fast zwei Drittel glauben nicht, dass eine Meldung etwas bringt. Und selbst wer meldet, wird oft enttäuscht: In über einem Drittel der gemeldeten Fälle folgen keinerlei Massnahmen.

Die Folgen tragen die Opfer: 60 Prozent leiden unter Stress, 35 Prozent unter emotionaler Erschöpfung. 7,5 Prozent mussten ihren Arbeitsplatz verlassen. Die Täter bleiben. Die Opfer gehen.

In der Pflege sind die Zahlen noch drastischer: Eine ZHAW-Studie von 2023 zeigte, dass 95,6 Prozent der Pflegefachpersonen in zwölf Monaten mindestens einen Übergriff durch Patienten erlebten.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/belaestigt)
rebrand.ly/belaestigt

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

Protest gegen Novartis-Gier

Novartis hat im letzten Jahr 17,4 Milliarden Dollar Gewinn eingefahren. Das Gehalt von CEO Vas Narasimhan stieg auf rekordhohe 24,9 Millionen Franken. Gleichzeitig lobbyiert der Konzern für höhere Medikamentenpreise und damit noch höhere Kosten für die Prämienzahlenden in der Schweiz. Und in Stein AG will der Basler Pharmakonzern die Tablettenfabrik stilllegen und die Jobs von 700 Menschen abbauen. Ende Januar protestierten Novartis-



PROTEST: Die Betroffenen wehren sich mit der Unia gegen den Abbau. FOTO: UNIA

Mitarbeitende und die Unia gegen diesen Kahlschlag und übergaben Konzernvertretern eine Petition mit 3210 Unterschriften.

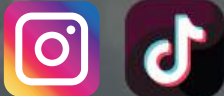
Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/novartis-protest)
rebrand.ly/novartis-protest

Loeb-Trickserei fliegt auf

Seit Anfang Jahr dürfen die Läden in der Stadt Bern nur noch bis 17 Uhr statt 18 Uhr geöffnet sein. Doch beim Traditionswarenhaus Loeb wollte man sich offenbar nicht daran halten und tarnte die Extrastunde bis 18 Uhr als «Event». Eine Mitarbeiterin wollte sich das nicht gefallen lassen und meldete den Bschiss der Unia. Anna Meier, Teamleiterin Tertiär bei der Unia Bern/

Gerüsteinsturz von Prilly: Grosse Wut auf die Verantwortlichen

2024 stürzt auf einer Grossbaustelle in der Westschweiz ein Gerüst ein und reisst drei Arbeiter in den Tod, elf weitere werden verletzt. Nun liegt der Untersuchungsbericht vor und fällt ein vernichtendes Urteil: Eine stümperhafte Planung und schlechte Kontrollen haben zum tödlichen Unglück geführt. In den Kommentarspalten ist die Wut gross, vor allem die Profitgier auf Kosten der Búezer wird angeprangert.



@workzeitung

Firmen werden geschützt und müssen keine Verantwortung übernehmen. Das ist einfach lächerlich!
ben_be

Im Gerüstbau arbeiten oft unqualifizierte Personen unter schlechten Bedingungen. Das führt zu gefährlichen Situationen und Unfällen.
Wolf

Ihr berichtet transparent und nennt die Firma. Bravo!
KingWizard

Schafft endlich das Submissionsgesetz ab, dann wird es schlagartig besser.
Audiquattro1977

Quantität statt Qualität: Und wenn Arbeiter sich beschweren, droht die Kündigung.
Liridona

Pushen wir den Kapitalismus noch mehr. Es geht sicher noch billiger und schneller.
Diego1342

Seit Crans-Montana überrascht mich nichts mehr.
lom_afg



Oberaargau-Emmental, fackelte nicht lange und rief die Gewerbspolizei auf den Plan. Das wirkte sofort. Feierabend um fünf!

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/loeb-trick)
rebrand.ly/loeb-trick

Umfrage: Volk gegen Hungerlöhne

Arbeitgeberdirektor Roland A. Müller sorgte letzten März für Empörung: Existenzsichernde Löhne seien «nicht die Aufgabe der Arbeitgeber», notfalls müsse «die Sozialhilfe einspringen». Die bürgerliche Parlamentsmehrheit

folgt dieser Logik: Der Nationalrat beschloss im Juni, kantonale Mindestlöhne durch tiefere GAV-Löhne zu übersteuern. Doch das Volk ist gegen dieses Bundesdiktat von Hungerlöhnen: Eine SGB-Umfrage zeigt breite Ablehnung quer durch alle politischen Lager. Selbst 51 Prozent der FDP-Wählenden lehnen es ab. In der Frühlings-session entscheidet der Ständerat. Falls er Ja sagt zum Bundes-Hungerlohn-diktat, hat das Volk das letzte Wort. Denn: Die Gewerkschaften haben das Referendum angekündigt.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/diktat)
rebrand.ly/diktat

Sani-Kollektiv an Demos

Ob beim feministischen Streik, einer unbewilligten Demo gegen das WEF oder einem Gratiskonzert im Park: Das Zürcher Sanitätskollektiv leistet ehrenamtlich erste Hilfe an Massenevents. Gründungsmitglied und Unia-Aktivistin Paula Will und Mitgründerin Mathilda Osterwalder sprechen im work-Video über Gummischrot-Verletzungen, Polizeiwillkür und das Recht auf Protest.

Weiterlesen auf [workzeitung.ch](https://workzeitung.ch/rebrand.ly/kollektiv)
rebrand.ly/kollektiv



WO DER STREIK WIRKUNG GEZEIGT HAT: Am Unispital Lausanne haben die Fachkräfte ihre Arbeit niedergelegt und die Regierung zu einer Kehrtwende gezwungen. FOTO: KEYSTONE/ZVG

Pflege-Streik im Spital Lausanne (CHUV)

Wenn die Pflege will, steht das Spital fast still

Streik in Spital? Das geht! Die Mitarbeitenden des Unispitals Lausanne haben erfolgreich gegen Lohnabbau gestreikt.

CHRISTIAN EGG

In der Schweiz sind Streiks in der Gesundheitsbranche bisher selten. Ein Grund dafür: Hier geht es um Menschen. Würden in einem Heim, einem Spital, einer Spitex plötzlich alle die Arbeit niederlegen, kämen Menschen zu Schaden. Das wollen die Mitarbeitenden nicht.

LETZTES MITTEL

Und doch: Wenn nichts anderes hilft, müssen auch Pflegende streiken können. Genau das hat die Pflegefachfrau Friederike Flückiger vor gut zwei Monaten zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen am Unispital Lausanne (CHUV) getan. Und zwar erfolgreich.

VPOD-Mitglied Flückiger sagt, wie fast überall im Gesundheitswesen mache auch in ihrem Spital die Politik ständig Druck auf die

mit zwei anderen Gewerkschaften organisiert der VPOD Proteste im Spital, an Schulen, Kindergärten, an der Universität, in der Verwaltung. Doch die Regierung schaut weg. Die Forderungen der Mitarbeitenden beantwortet sie nicht einmal. Diese lancieren Streiks. In einer Vollversammlung und fast einstimmig beschliessen die CHUV-Mitarbeitenden: Wir machen mit.

Zuerst legen sie einen Streiktag fest, den 28. November. In einer Umfrage können nun alle Mitarbeitenden angeben, ob sie die Arbeit niederlegen oder nicht. Gegen 300 schreiben sich ein. Jetzt ist die Spitalleitung verantwortlich, dass in allen Stationen ein Minimalbetrieb möglich ist.

STREIKEN, ABER CLEVER

Geht das überhaupt, wenn die Pflege schon im Normalzustand unterbesetzt ist? Ja, erklärt Flückiger. Nicht alles, was die Pflege mache, müsse genau an diesem Tag sein. «Zum Beispiel sagen wir halt bei einer Untersuchung, die nicht ultradringend ist: «Nein, es ist Streik. Heute kann niemand die Patientin ins CT bringen.»

Die Patientinnen und Patienten hätten dies auch verstanden. Mehr noch: «Die waren auf unserer Seite!» Viele hätten sie ermuntert, gegen das Sparpaket zu kämpfen. Denn auch das macht einen Pflegestreik speziell: Den Streikenden geht es nicht nur um die eigenen Löhne, sondern um die Qualität der Pflege. Beides geht Hand in Hand. Flückiger sagt: «Ja, wir streiken einen Tag lang. Um einen Abbau zu verhindern. Denn der würde sich 365 Tage im Jahr auswirken.»

REGIERUNG MUSS ZURÜCKCRUDERN

Insgesamt baute das Waadtländer Staatspersonal eine Protest- und Streikbewegung auf, wie sie ein Kanton selten erlebt hat: Ganze dreizehn Streiktage, an denen jeweils viele Schulen geschlossen blieben, und drei Demonstrationen innerhalb eines Monats, alle mit 20000 und mehr Teilnehmenden. Am späten Abend des 12. Dezember zwang der Druck die Kantonsregierung zu einer Kehrtwende. Sie kippte die Lohnkürzung aus dem Sparpaket und erfüllte damit die wichtigste Forderung des

Staatspersonals. Leider seien viele der restlichen Sparmassnahmen durchgekommen, sagt Pflegefachfrau Flückiger. Dennoch habe sich der Einsatz auf jeden Fall gelohnt: «Es ist ein tolles Gefühl, wenn du weisst: Das ist nur passiert, weil wir Druck gemacht haben.»

Mit dem Streik hätten sich die Pflegenden bei Politikerinnen und Politikern, endlich, Achtung verschafft. Auch im Spital habe der Streik etwas verändert: «Viele haben jetzt gemerkt: Wenn wir uns gemeinsam und lautstark wehren, dann sind wir eine politische Kraft.»

UND IM REST DER SCHWEIZ?

Das gilt auch auf Bundesebene. Am 22. November demonstrierten 5000 Menschen in Bern, weil der Bundesrat mit einem völlig ungenügenden Gesetz die Pflegeinitiative umsetzen wollte. Aber ganz offensichtlich ist der Druck auf die rechtsbürgerliche Mehrheit im Bundeshaus noch nicht stark genug. Denn keine zwei Monate nach der Demo hat sich die Gesundheitskommission des Nationalrates mit dem Gesetz befasst. Und es nicht besser, sondern noch schlechter gemacht (work berichtete: rebrand.ly/pfeifen).

Für Friederike Flückiger ist es «ein Hohn», wie die Rechten eine taugliche Umsetzung der Pflegeinitiative verweigern. An ihre Adresse sagt sie: «Eure Politik geht an der Bevölkerung vorbei. Aber macht nur so weiter. So wächst unsere Bewegung noch mehr!»

Konferenz: Die Politik der Unia mitbestimmen

Wie soll die Unia ihren Einsatz für eine taugliche Umsetzung der Pflegeinitiative weiterführen? Wie gelingt Widerstand gegen Abbaupläne? Darüber diskutieren Unia-Mitglieder und Interessierte aus dem Gesundheitswesen am Samstag, 28. Februar. Fokus der Branchenkonferenz Pflege und Betreuung ist der Care-Streik 2027.

9.30 bis 15.45 Uhr, Unia Zentralsekretariat Bern. Das Mittagessen wird von der Unia offeriert. Jetzt anmelden: www.unia.ch/bk-pflege

Offener Brief Eine dringliche Warnung

25 Nationalrätinnen und Nationalräte hatten diese Woche eine eindringliche Warnung im Briefkasten: Die Pflegeinitiative auszuhebeln, würde teuer zu stehen kommen.

CHRISTIAN EGG

Es ist ein nachdrücklicher Appell an die 25 Parlamentarierinnen und Parlamentarier, die in der Gesundheitskommission des Nationalrates sitzen. Das Bündnis Gesundheitspersonal, zu dem auch die Unia gehört, fordert sie auf, die Arbeitsbedingungen in der Pflege tatsäch-



DIE LAGE IST ERNST: Der Schweiz droht eine pflegerische Unterversorgung. FOTO: KEY

lich zu verbessern. Nur so sei eine Wende in der seit Jahren andauernden Pflegekrise möglich.

Dies forderte das Stimmvolk bereits vor vier Jahren und sagte mit 61 Prozent Ja zur Pflegeinitiative. Doch in deren Umsetzung hat die rechtsbürgerliche Mehrheit in der Kommission den bereits lückenhaften Gesetzesvorschlag des Bundesrates noch weiter ausgedehnt. Am 9. Januar hat sie fast alle Artikel zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen aus der Vorlage gekippt. Zum Beispiel:

- 45 Stunden Höchstarbeitszeit pro Woche: gestrichen.
- Zuschlag für Sonntagsarbeit: halbiert.
- Überstunden müssen mit Freizeit kompensiert werden: gestrichen.

Eine «Umsetzung» der Pflegeinitiative ist das nicht mehr (work berichtete: rebrand.ly/pfeifen).

In einem offenen Brief erinnern jetzt die Gewerkschaften und Verbände daran, dass rund ein Drittel der Pflegenden nach wenigen Jahren aus dem Be-

«Das hat gefährliche Folgen für die Bevölkerung.»

AUSZUG AUS DEM OFFENEN BRIEF

ruf aussteigen. Weil die Zahl der älteren Menschen zunimmt, werde sich die Lage in Spitälern und Heimen noch weiter zuspitzen: «Wir steuern auf eine massive pflegerische Unterversorgung zu, mit gefährlichen Folgen für die Schweizer Bevölkerung.»

SPAREN WÄRE KURZSICHTIG

Ihren Kahlschlag begründete die rechte Kommissionsmehrheit mit der Befürchtung, die Vorschläge des Bundesrates würden zu «hohen Kosten» führen. Das Bündnis widerspricht: Der grösste Teil des Kostenwachstums im Gesundheitswesen sei nicht auf bessere Arbeitsbedingungen zurückzuführen. Vielmehr sei es kurzfristig, jetzt nicht in die Pflege zu investieren: «Das Teuerste ist, nichts zu tun!»

Am 12. und 13. Februar tagt die Gesundheitskommission erneut. Sie will die Vorlage fertig beraten, sie soll in der Frühlingssession im Nationalrat behandelt werden. Die Gewerkschaften und Verbände fordern alle Mitglieder der Kommission auf, die Entscheide zu revidieren, und zwar «unabhängig ihrer parteipolitischen Interessen». Über zwei Millionen Stimmberechtigte haben 2021 der Pflegeinitiative zugestimmt. «Diese Menschen, insbesondere die 800 000 Angestellten im Gesundheitsbereich, dürfen jetzt erwarten, dass diese Volksinitiative im Parlament umgesetzt wird.»

«Wir müssen immer mehr leisten, mit immer weniger Mitteln.»

PFLEGEFACHFRAU
FRIEDERIKE FLÜCKIGER



Kosten. «Jedes Jahr bekommen wir ein noch grösseres Sparpaket aufgedrückt. Wir müssen immer mehr leisten, mit immer weniger Mitteln.» Im September 2025 habe die Kantonsregierung aber eine Linie überschritten. Dem gesamten Staatspersonal sollten die Löhne nicht nur eingefroren, sondern um 0,7 Prozent gekürzt werden. Ausgenommen waren nur die tiefsten Lohnklassen.

«EINE OHRFEIGE!»

Das habe, sagt Flückiger, die Leute «richtig wütend gemacht. Eine Ohrfeige!» Zusammen

Individualbesteuerung: Die Abschaffung der Heiratsstrafe Was wem wirklich und warum?

Parlamentarisch abgesegnete Steuer-vorlagen sind in der Schweiz meistens einfach zu beurteilen. Weil es dabei immer nur darum geht, wie Reiche entlastet werden. Dieses Mal ist es komplizierter.

CLEMENS STUDER

Künftig sollen alle steuerpflichtigen Personen – unabhängig vom Zivilstand – einzeln besteuert werden. Jede Person würde ihr eigenes Einkommen und Vermögen deklarieren, und für alle gälte der gleiche Steuertarif. Ziel der Vorlage ist es, die sogenannte Heiratsstrafe zu beseitigen, die das Bundesgericht bereits vor über vierzig Jahren als verfassungswidrig bezeichnete. Seither sind sämtliche Reformversuche gescheitert. Und die verheirateten Frauen immer noch «Person 2» auf dem Formular.

WAS VERÄNDERT EIN JA?

Ein Ja würde das Steuersystem grundlegend umstellen. Die gemeinsame Veranlagung von Ehepaaren fiele weg, ebenso die Heiratsstrafe, von der heute insbesondere Doppelverdiener-Ehepaare betroffen sind. Auf Bundesebene rechnet der Bundesrat mit Mindereinnahmen von rund 630 Millionen Franken pro Jahr. Um Familien zu entlasten, wird der Kinderabzug bei der direkten Bundessteuer von heute 6800 auf 12 000 Franken pro Kind erhöht.

WER PROFITIERT DAVON?

Profitieren dürften vor allem Ehepaare mit zwei ähnlich hohen Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner. Tendenziell schlechter gestellt würden hingegen Einverdiener-Haushalte und Paare mit stark unterschiedlichen Einkom-



VERHEIRATETE DEN ANDEREN PAAREN GLEICHSTELLEN: Mit der Individualbesteuerung würden verheiratete Frauen bei den Behörden nicht mehr als «Person 2» geführt. FOTO: KEYSTONE

men, da der bisherige Verheiraterentarif wegfällt. Diese traditionelle Rollenverteilung ist stärker in ländlichen Gebieten verbreitet.

WAS SAGEN BEFÜRWORDER?

Die Befürwortenden versprechen sich positive Beschäftigungseffekte und rechnen gesamtschweizerisch mit über 40 000 zusätzlichen Erwerbstätigen. Kritiker bezweifeln das.

KANTONE UND STÄDTE UNEINS

Zehn Kantone haben das Kantonsreferendum ergriffen. Sie finden, der Bund solle sich den Kantonen anpassen, nicht umgekehrt. Die Städte sehen das anders: Der Städteverband und die städtischen Finanzdirektoren unterstützen die Reform geschlossen.

MEHR AUFWAND

Schweizweit müssten künftig rund 1,7 Millionen zusätzliche Steuererklärungen bearbeitet werden. Die Gegner sprechen von einem «Bürokratiemonster». Die Befürworter

halten dagegen: Es könne nicht angehen, dass auf eine Steuerentlastung verzichtet werde, nur weil sie administrativ aufwendig sei.

WER IST DAFÜR?

Unterstützt wird die Vorlage vom Bundesrat sowie von einer knappen Mehrheit im Parlament, getragen von FDP, SP, Grünen und GLP. Auch der Schweizerische Arbeitgeberverband, Economiesuisse und Alliance F engagieren sich für ein Ja.

WER IST DAGEGEN?

Gegen die Individualbesteuerung stellen sich SVP, Mitte, EVP und EDU sowie der Bauernverband, der Gewerbeverband und die Interessengemeinschaft Familie 3plus.

UND DIE GEWERKSCHAFTEN?

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat Stimmfreigabe beschlossen, weil er Nutzen und Risiken als politisch nicht eindeutig erachtet. Zwar anerkennt der SGB, dass die Reform gleichstellungs-

politische Anliegen aufnimmt und Fehlanreize korrigieren kann. Gleichzeitig kritisiert er die konkrete Ausgestaltung: Die Steuerbefälle beim Bund würden tendenziell höhere Einkommen stärker entlasten, während die Wirkung für tiefere und mittlere Einkommen begrenzt bleibe. Der Gewerkschafts-

Profitieren dürften vor allem Ehepaare mit ähnlichen Einkommen sowie Rentnerinnen und Rentner.

bund betont, dass für echte Gleichstellung andere Massnahmen entscheidender seien: zum Beispiel der Ausbau von bezahlbarer ausserfamiliärer Kinderbetreuung, familienverträgliche Arbeitszeiten und die längst fällige Durchsetzung der Lohngleichheit.

Eine ausführliche Fassung dieses Artikels finden Sie auf www.workzeitung.ch

Bargeld-Initiative und Gegenvorschlag: Ist «Nur Bares ist Wahres» verfassungsreif?

Am 8. März stimmen wir auch über die Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» ab und gleichzeitig über einen Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament. Gemeinsames Ziel der Vorlagen: Bargeld und den Franken in der Verfassung absichern. Erstmals seit 2010 gibt es bei einer nationalen Abstimmung wieder eine Stichfrage. Die Stimmenden können Initiative



oder die Initiative ablehnen. Die Initianten begründen ihr Anliegen mit dem Schutz der Privatsphäre, der Funktionsfähigkeit des Zahlungsverkehrs bei Stromausfällen oder Cyberangriffen sowie mit Rücksicht auf ältere Menschen, wenig digital affine Personen und kleinere Betriebe.

DER GEGENVORSCHLAG.

Bundesrat und Parlament teilen das Grundanliegen, lehnen die Initiative aber ab. Sie setzen ihr einen Gegenvorschlag entgegen, der Bargeldversorgung und Franken ebenfalls in der Verfassung verankert. Inhaltlich übernimmt dieser weitgehend bestehende Gesetzesbestimmungen und weist die Verantwortung ausdrücklich der Nationalbank zu. Statt von «Münzen und Banknoten» ist von «Bargeld» die Rede.



DIE DIFFERENZEN. Genau daran entzündet sich der Hauptkonflikt: Die Initianten halten den Begriff für zu unpräzise und für rechtlich weniger verbindlich. Sie befürchten, dass unter dem Begriff «Bar-

geld» künftig auch digitales Zentralbankgeld (CBDC) – das ist staatlich ausgegebenes elektronisches Geld – verstanden werden könnte. Die Befürworter des Gegenvorschlags sehen das anders. Die geltenden Formulierungen seien erprobt und juristisch klar. Die Initiative lasse zentrale Fragen offen, etwa was «genügend Bargeld» konkret bedeute. Zudem schafft keine der beiden Vorlagen neue Rechte oder Pflichten: Weder entsteht ein Anspruch auf Barzahlung noch eine Pflicht für Geschäfte, Bargeld anzunehmen.

DIE PAROLEN. Unterstützung für die Initiative kommt aus Teilen der SVP und der EDU. Der Gegenvorschlag wird von einer breiten Allianz getragen (SVP, SP, FDP, Mitte und Grüne). Im Parlament fiel das Verdikt deutlich aus: Die Initiative wurde mit 179 zu 15 Stimmen abgelehnt, der Gegenvorschlag mit 179 zu 15 Stimmen angenommen. Die Gegnerinnen und Gegner des ganzen Bargeld-Pakets halten die bestehenden Gesetze für ausreichend. Initiative und Gegenvorschlag seien reine Symbolpolitik ohne praktische Auswirkungen im Alltag. (cs)

Klimafonds: Jetzt investieren!

Am 8. März stimmt die Schweiz über die Klimafonds-Initiative ab. Die Fakten sind klar: Die Klimazerhöhung kostet heute schon fast eine Milliarde jährlich – bis 2060 drohen 34 Milliarden. Wer jetzt nicht handelt, zahlt morgen doppelt und dreifach.

Die Initiative will 0,5 bis 1 Prozent des BIP in Gebäudesanierungen, erneuerbare Energien, klimafreundliche Mobilität und die Aus- und Weiterbildung von Fachkräften investieren. Finanziert werden soll das aus der Bundeskasse, nicht über Kopfsteuern oder Konsumabgaben. Das ist sozial gerecht! Denn die Klimakrise trifft Gering- und Normalverdienende am härtesten: Hitze am Arbeitsplatz, steigende Gesundheitsrisiken, höhere Wohn-Nebenkosten.

Für die Gewerkschaften ist klar: Die Energiewende bringt Aufträge und schafft neue Jobs. Die Gewerkschaften kämpfen dafür, dass diese neuen Jobs auch gute Jobs sind mit guten Löhnen, sicheren Arbeitsbedingungen, Gesundheitsschutz und Mitsprache. Klimapolitik und Arbeitnehmerrechte gehören zusammen.

In der letzten work-Ausgabe haben wir ausführlich über die Initiative berichtet. Der Artikel kann unter dem Link rebrand.ly/klimafonds-abstimmung nachgelesen werden. (cs)

SRG-Initiative: «Wir

Die Anti-SRG-Initiative bedroht 6000 Jobs inner- und ausserhalb der SRG. work hat stellvertretend für all diese Menschen im «Maschinenraum» mit dem Videotechniker Charles Kavuma geredet.

CLEMENS STUDER

Wenn SVP-Politikerinnen in der «Arena» oder in der «Tagesschau» gegen die SRG polemisieren, dann können sie das vor allem aus zwei Gründen: weil die SRG-Journalistinnen und -Journalisten ihnen als Service public ein Podium bieten. Und weil Menschen wie Charles Kavuma (47) dafür sorgen, dass ihre Äusserungen bei den Zuschauerinnen und Hörern auch ankommen. Kavuma ist Videotechniker und dafür verantwortlich, dass die TV-Bilder im richtigen Timing und störungsfrei auf den TV-Bildschirmen und Mobilgeräten landen.

HARTE ARBEIT

Bei Live-Sendungen ausserhalb der SRG-Studios kümmern sich Kavuma und seine Kolleginnen und Kollegen auch um den Auf- und Abbau der nötigen Technik. Das ist mit einigem Aufwand verbunden. Zum Beispiel bei Skirennen, Eishockey- und Fussballspielen, aber auch bei Unterhaltungssendungen wie dem «Donnschüttig-Jass». Kavuma sagt: «Da sind die Arbeitstage auch mal 14 Stunden lang, und wir sind tagelang von unseren Familien getrennt.»

Darum ärgert sich Kavuma, wenn Befürworterinnen und Befürworter der Anti-SRG-Initiative behaupten, die Radio- und TV-Mitarbeitenden seien verhätschelt, es brauche «mehr Muskeln und weniger Fett»: «Wir arbeiten hart. Diese Leute sollten doch mal mitkommen und anpacken. Ich glaube nicht, dass sie danach noch behaupten könnten, wir würden eine ruhige Kugel schieben.»

Und auch dem häufig gehörten Argument, man wolle nur bezahlen, was man

Die TV-Bilder von SRG bei Skirennen werden rund um den Globus gesendet.

Autobahnauffahrt, die ich benütze, sondern kaufe eine Autobahnvignette.» Service public bei den Medien funktioniert wie jede andere Grundversorgung: Man zahle an das Ganze, weil alle davon profitieren.

GUTE ARBEIT

Wenn Kavuma über seinen Job redet, spürt man den Stolz auf die Arbeit, die er und seine Kolleginnen und Kollegen regelmässig abliefern. «Unsere Qualität wird weltweit geschätzt», sagt er. Die SRG-Produktionen von Skirennen etwa gelten in der Branche als Weltspitze. Die TV-Bilder werden rund um den Globus gesendet. Viele Jahre lang produzierte die SRG im Auftrag des Internationalen Olympischen Komitees das Weltsignal der alpinen Skirennen an den Winterspielen – also jene Bilder, die Hunderte Millionen Zuschauerinnen und Zuschauer weltweit sehen. Für ihre Olympia-Produktion in Pyeongchang 2018 wurde die SRG vom IOC mit Silber bei den «Olympic Golden Rings Awards» ausgezeichnet.

Die SRG verfügt über eine sehr gute technische Ausstattung, die sich über Jahrzehnte aufgebaut hat. In der gesamten Schweizer Privatwirtschaft gibt es gerade einmal zwei Unternehmen, die überhaupt über die personellen und infrastrukturellen Möglichkeiten verfügen, um vergleichbare Sportproduktionen zu stemmen. Kavuma sagt nüchtern: «Hinter beiden

Charles Kavuma (47) sorgt für scharfe Bilder im TV arbeiten wirklich hart»



VIDEOTECHNIKER CHARLES KAVUMA WARNT: «Entweder wird es für die Zuschauerinnen und Zuschauer teuer, oder die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden verschlechtern sich massiv.» FOTO: MICHAEL SCHÖCH

Produktionsfirmen stehen internationale Konzerne. Die wollen natürlich Gewinn machen. Das heisst: Entweder wird es für die Zuschauerinnen und Zuschauer teuer, oder die Arbeitsbedingungen der Mitarbeitenden verschlechtern sich massiv.» Dass das keine bloss Befürchtung ist, zeige sich schon heute bei gewissen Sportproduktionen.

GEDRÜCKTE STIMMUNG

So selbstbewusst Charles Kavuma über seine Arbeit spricht, so besorgt ist er mit Blick auf die Zukunft. Die laufende Sparrunde bei der SRG – bis 2029 sollen im Rahmen des Transformationsprogramms «Enavant SRG SSR» rund 900 Stellen abgebaut werden – hinterlässt bereits Spuren in der Belegschaft. Kavuma sagt: «Man merkt schon, wie sich die Stimmung verändert hat. Der Stellenabbau letztes Jahr hat bereits für grosse Verunsicherung gesorgt. Bei einem Ja zur Halbierungsinitiative müssten noch massiver Stellen gestrichen werden.»

Diese Ängste sind begründet. Eine Studie von BAK Economics aus dem Jahr 2024 im Auftrag des Bundesamts für Kommunikation beziffert die Folgen einer Halbierung der Radio- und TV-Abgaben. Demnach müsste die SRG von ihren rund 7000 Angestellten mehr als 3000 entlassen, was rund 2450 Vollzeitstellen entspricht. Der Stellenabbau bliebe nicht auf das Unternehmen beschränkt. Weil mit einer halbierten SRG auch Aufträge wegfallen, rechnet die Analyse bei externen Produktionsfirmen, IT-Dienstleistern und weiteren Zulieferern mit dem Verlust von rund 2450 Vollzeitstellen. Gesamthaft droht bei einem Ja zur SVP-Initiative damit über 6000 Menschen die Entlassung.

WEITER ARBEITEN

Am 8. März stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über die Initiative ab. Die Umfragen deuten auf ein knappes Ergebnis hin. Bis dahin sorgen Charles Kavuma und seine Kolleginnen und Kollegen im Maschinenraum der SRG weiter dafür, dass der Service public funktioniert. Ob sie das auch nach dem 8. März noch tun können, entscheiden die Stimmenden.

Halbierungsinitiative: SVP will Oligarchen-Medien wie in den USA

SRG-Zerstörer stoppen

Es gibt viele verständliche Anlässe, sich über die SRG und ihre Sendungen zu ärgern. Aber keinen einzigen guten Grund, die Gebühren zu halbieren und am 8. März der SVP-Initiative zuzu-stimmen.

CLEMENS STUDER

Ja, man kann sich über die SRG ärgern. Zum Beispiel wenn 20 000 Menschen an einer Kaufkraft-Demo der «Tagesschau» gerade einmal einen Fünf-Sekunden-Beitragsschnipsel wert sind. Wenn die moderierende Allzweckwaffe Sven Epiney noch eine Sendung übernimmt. Oder wenn man morgens um Viertel nach sechs Radio hört und sich fragt, was die unglaublich gut gelaunte Moderatorin wohl geraucht hat. Man kann sich aber genauso gut über das Gegenteil aufregen: über zu lange Beiträge, über zu viel fortschrittliche Themen, über zu wenig Unterhaltung. Und sich Sven Epiney als besten Schwiegersohn der Welt vorstellen.

Den Verantwortlichen bei Radio und Fernsehen geht es dabei ein wenig wie der Trainerin der Fussball-Nationalmannschaft. Auch dort coacht fast die ganze Nation mit. Und fast alle sind überzeugt, genau zu wissen, was anders laufen müsste.

Aber genau darüber wird am 8. März nicht abgestimmt. Die Halbierungsinitiative ist kein Ventil für Programmkritik. Sie ist ein radikaler Angriff auf den Service public und auf die demokratische Meinungsbildung.

GEFÄHRLICHE INITIATIVE

Die Halbierungsinitiative ist keine Reformvorlage. Sie ist ein Abrissprogramm. Eine Reduktion der Radio- und TV-Abgabe von heute rund 400 auf 200 Franken pro Haushalt bedeutet nicht «sparen», sondern «kürzen bis zur Handlungsunfähigkeit». Der Einnahmenverlust von rund 650 Millionen Franken pro Jahr lässt sich strukturell nicht auffangen. Ins-

rechnet: in grossen Städten und wirtschaftlich attraktiven Regionen. Wer bezahlt die kontinuierliche Information aus dem Jura, aus Graubünden oder dem Tessin? Niemand. Wer finanziert investigative Recherchen, die sich nicht über Werbung refinanzieren lassen? Ebenfalls niemand. Die konzessionierten Privat-Radios und Privat-TV bekommen bereits heute erhebliche Mittel aus dem Gebührentopf, weil sich selbst ihr publizistisches Teilprogramm nicht «auf dem Markt» finanzieren lässt.

Der Blick in die USA zeigt, wohin das führt: Medien werden von Milliarden aufgekauft, politische Interessen ersetzen publizistische Standards. Desinformation breitet sich dort besonders schnell aus, wo Medien in den Händen von Oligarchen mit politischer Agenda sind.

Demokratie braucht Information, unabhängig von Klickzahlen.

gesamt wären über 6000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt gefährdet (siehe Artikel links). Die Folgen sind absehbar: Die SRG müsste Radio- und TV-Stationen schliessen, die Berichterstattung aus Randregionen stark einschränken und Informations-, Kultur- und Bildungsangebote streichen. Was bliebe, wäre ein Rumpfprogramm ohne demokratischen Mehrwert.

SPRINGEN PRIVATE EIN?

Nein. Private Medien berichten dort, wo sich Berichterstattung

dern weil es «der Markt nicht hergibt».

SCHADET SRG DEN PRIVATEN?

Die SRG ist eine Konkurrentin, aber auch eine Stabilisationskraft. Sie investiert jährlich hohe Beträge in Schweizer Filme, Serien, Musik, Sportrechte und Auftragsproduktionen. Damit schafft sie einen Markt, von dem auch private Medienhäuser und unabhängige Produzenten profitieren. Fällt diese Nachfrage weg, bricht nicht nur ein Unternehmen ein, sondern eine ganze Wertschöpfungskette.

IST DIE SRG ZU TEUER?

Die Schweiz gibt pro Kopf weniger für öffentliche Medien aus als Deutschland, Österreich oder Frankreich. 365 Franken pro Jahr – rund ein Franken pro Tag – finanzieren Radio, Fernsehen und Onlineangebote in vier Sprachen, für alle Regionen und rund um die Uhr.

WAS PASSIERT BEI EINEM JA?

Dann wird die Schweizer Medienlandschaft innerhalb weniger Jahre strukturell beschädigt: Lokaljournalismus verschwindet, Regionalradios sterben, Kulturprogramme werden marginalisiert. Übrig bleiben kommerzielle Sender, die auf Quote optimieren, und mediale Machtkonzentration in den Händen weniger Eigentümer. Das wäre dann allerdings kein Betriebsunfall. Es ist das politische Ziel der Initiantinnen und Initianten.

SGB-Chef Maillard
«Wir können kämpfen»

SGB-Präsident und SP-Ständerat Pierre-Yves Maillard macht eine klare Ansage an die Arbeitgeberschaft und ihre verbündeten Politikerinnen und Politiker.

CLEMENS STUDER
work: Pierre-Yves Maillard, Sie sprechen von einem verschärften Klassenkampf von oben in der Schweiz. Ist das nicht etwas übertrieben? Pierre-Yves Maillard: Alles deutet darauf hin, dass die dominierenden wirtschaftlichen Kreise in unserem Land den Klassenkampf neu entfachen. Die



BEREIT ZUR GEGENWEHR: SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard. FOTO: KEYSTONE

Fakten zeigen eine Entwicklung, wie wir sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kaum mehr gesehen haben.

Die Arbeitgeberschaft argumentiert, in unsicheren Zeiten müssten halt alle den Gürtel enger schnallen. Von einer Opfersymmetrie kann keine Rede sein. Erstens, weil es keine Opfer zu bringen gab – die Schweizer Wirtschaft ist weiter gewachsen. Und zweitens, weil die hohen Einkommen und die Reichsten einen immer grösseren Teil des nationalen Reichtums an sich gezogen haben. Die Verluste treffen vor allem die Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen.

Die Sozialpartnerschaft gehört doch schon fast zur DNA der Schweiz. Heute stellt sich eine Frage mit neuer Dringlichkeit: Müssen wir feststellen, dass der Wille zur Sozialpartnerschaft seitens des Schweizer Arbeitgeberlagers und seiner politischen Verbündeten zu Ende geht?

Die Zeichen stehen also auf Konfrontation? Diese Entwicklungen sind nicht das, was wir uns wünschen. Wir bevorzugen Verhandlungen und Konsens. Doch wir haben gezeigt, dass wir Referenden und Initiativen lancieren und

«Die Verluste treffen die Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen.»

gewinnen können. Wir sind bereit, diese Instrumente der direkten Demokratie überall dort einzusetzen, wo die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und des Service public bedroht sind. Unsere Verbände haben zudem bewiesen, dass sie Kämpfe führen können – einschliesslich Streiks.

Woran werden wir Ende Jahr erkennen, ob die Arbeitgeberverbände an einer wirklichen Sozialpartnerschaft noch interessiert sind? Über die wohlfeilen Worte hinaus wird das Jahr 2026 auf diese Frage eine konkrete Antwort geben – je nachdem, wie das Abkommen des Bundesrates mit der EU im Parlament behandelt wird und wie mit den verschiedenen laufenden politischen Angriffen auf die ohnehin schwachen Schutzbestimmungen unseres Arbeitsgesetzes umgegangen wird.

So krass leiden Kaufkraft und Gesundheit der Arbeitenden
Chrampfen muss endlich besser bezahlt werden

Die Lohnabhängigen in der Schweiz bekommen immer weniger vom erarbeiteten Wohlstand. Und sie sind immer öfter krank, weil die Arbeitsbedingungen schlechter werden. Die Gewerkschaften wollen das ändern.

CLEMENS STUDER
An seiner Medienkonferenz zum Jahresbeginn (hier der work-Bericht rebrand.ly/geld-und-gesundheit) legte der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) zwei Entwicklungen offen, die gerne getrennt diskutiert werden, in der Lebensrealität der Lohnabhängigen aber untrennbar zusammengehören: die schwindende Kaufkraft und die zunehmende gesundheitliche Abnutzung durch schlechte Arbeitsbedingungen.

KAUFKRAFT-KRISE
In den USA ist inzwischen selbst im politischen Establishment von einer «Affordability Crisis» die Rede – mit einer prominenten Ausnahme: Präsident Donald Trump und sein Umfeld bestreiten sie weiterhin. In der Schweiz wird das Kaufkraftproblem weniger laut bestritten, aber ebenso konsequent verdrängt. Die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die Konsumentenstimmung ist seit Jahren gedrückt, obwohl es der Wirtschaft in vielen Branchen gut läuft.
«Die Konsumentenstimmung in der Schweiz ist tief», sagt SGB-Chefökonom Daniel Lampart. Der Widerspruch erklärt sich bei den Löhnen. Real, also nach Abzug der Teuerung, liegen die mittleren Löhne heute nur knapp über dem Niveau von 2020. Dabei hätten sie deutlich stärker steigen müssen. Würden sie mit der Produktivität Schritt halten, wären reale Zuwächse von rund einem

Der reale Pro-Kopf-Konsum wächst seit 2015 nur noch halb so stark wie früher.

Prozent pro Jahr nötig gewesen. Tatsächlich lag das reale Lohnwachstum zuletzt bei unter 0,1 Prozent. Seit 2020 hat sich so ein Reallohnrückstand von rund fünf Prozent aufgebaut.

6000 FRANKEN WENIGER PRO JAHR
Was das konkret bedeutet, lässt sich beziffern: «Für ein Paar mit mittlerem Einkommen bedeutet das rund 6000 Franken weniger pro Jahr», sagt Lampart. «Dieses Geld fehlt.» Vor allem bei Fixkosten. Für ein Paar mit zwei Kindern sind die mittleren Krankenkassenprämien innert weniger Jahre um über 2700 Franken gestiegen. Gleichzeitig haben sich die Wohnkosten stark erhöht. Menschen mit tiefen Einkommen können sich zentrale Lagen kaum mehr leisten, in Städten trifft das längst auch die Mittelschicht.

FIRMEN KÖNNEN FEIERN
Während unten und in der Mitte Kaufkraft verloren geht, profitieren andere. «Die Lohnschere ging wieder auf», konstatiert Lampart. Trotz guter Geschäftslage traten viele Arbeitgeber in den Lohnverhandlungen ungewöhnlich hart auf, selbst der Teuerungsausgleich wurde vielerorts in Frage gestellt. Gleichzeitig wurden Unternehmen in den letzten Jahren spürbar entlastet: Die Gewinnsteuersätze sanken von rund 17 auf etwa 13 Prozent, die Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen gingen zurück. Und nun planen oder beschliessen mehrere Kantone zusätzliche Einkommenssteuersenkungen. «Diese Steuersenkungen sind angesichts der tiefen Steuerbelastung in der Schweiz völlig unnötig», sagt Lampart.



HARTE ARBEIT, TIEFER LOHN: Búezerinnen wie diese Frau an der Kasse müssen endlich substantielle Lohnerhöhungen erhalten. FOTO: KEYSTONE

Die volkswirtschaftlichen Folgen dieser Politik sind messbar. Der reale Pro-Kopf-Konsum wächst seit 2015 nur noch halb so stark wie früher. Rechnet man die Gesundheitsausgaben heraus, liegt er heute sogar unter dem Niveau von vor zehn Jahren. Das ist brisant, weil der private Konsum rund die Hälfte der Wirtschaftsleistung ausmacht. Bleibt er schwach, bremst das die gesamte Konjunktur. Daniel Lampart bringt es nüchtern auf den Punkt: «Eine unsoziale Lohn- und Verteilungspolitik wirkt sich letztlich wirtschaftlich negativ aus.»

EIN SCHUB MUSS KOMMEN
Der SGB fordert deshalb substantielle Lohnerhöhungen, insbesondere für untere und mittlere Einkommen. Ein zentraler Richtwert: Wer eine Lehre abgeschlossen hat, muss mindestens 5000 Franken pro Monat verdienen. Heute liegen rund ein Drittel der Berufstätigen mit Lehrabschluss darunter. Zudem fordert der SGB mehr kantonale Mittel für Prämienverbilligungen und sozialen Wohnungsbau statt Steuersenkungen, die vor allem hohen Einkommen und Vermögen zugute kommen.

GESUNDHEITS-KRISE
Nicht besser sieht es beim Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz aus. Die krankheitsbedingten Absenzen liegen heute rund 80 Millionen Arbeitsstunden über dem Niveau von vor der Pandemie – ein Plus von gut einem Drittel. Besonders stark zugenommen haben die Langzeitabsenzen. «Die steigenden Absenzen sind nur die Spitze des Eisbergs», sagt Co-Sekretariatsleiterin Gabriela Medici. «Je länger eine Arbeitsunfähigkeit dauert, desto höher ist das Risiko von Kündigungen, Invalidisierungen und bleibenden gesundheitlichen Schäden.»

Tatsächlich ist die Wahrscheinlichkeit, invalid zu werden, erstmals seit rund 20 Jahren wieder gestiegen – um etwa zehn Prozent seit 2020. Besonders deutlich ist der Anstieg bei unter 40jährigen. Die Belastung ist ungleich verteilt: Arbeitnehmende im Verkauf, in Dienstleistungsberufen, im Transport, Bau sowie im Gesundheits- und Sozialwesen sind deutlich häufiger krank als Personen in akademischen Berufen oder Führungspositionen. Rückenschmerzen und psychische Erkrankungen sind die häufigsten Ursachen.

KRANK CHRAMPFEN
Hinzu kommt ein oft unterschätztes Phänomen: Viele arbeiten trotz Krankheit weiter. Homeoffice und Smartphones haben diese Entwicklung verstärkt – E-Mails und Teams-Nachrichten lassen sich auch krank im Bett beantworten. Die Produktionsverluste durch diesen sogenannten Präsentismus werden

auf rund 34 Milliarden Franken geschätzt – fast doppelt so viel wie die Kosten der Absenzen selbst. Für die Betroffenen kommen Lohneinbussen hinzu: Der Lohnersatz beträgt meist nur 80 Prozent, vielerorts gibt es zusätzliche Karenztage. Auffällig ist auch, dass sich die Zahl der Frauen, die aus gesundheitlichen Gründen den Job verlassen, in den letzten fünf Jahren verdoppelt hat.
Medici macht die Arbeitsbedingungen als zentrale Ursache aus. Zeitdruck, Personalmangel, unregelmässige Arbeitszeiten und ständige Erreichbarkeit seien für viele zur Normalität geworden. Rund die Hälfte der Schweizer Unternehmen geben selbst an, dass Zeitdruck ein psychosoziales Risiko darstelle – mehr als im EU-Durchschnitt. Knapp 30 Prozent nennen lange oder unregelmässige Arbeitszeiten als Gesundheitsrisiko.

KONTROLLEN STATT KÜRSLI
Bereits 2021 berichteten über ein Drittel der Arbeitnehmenden, dass sie in der Freizeit arbeiten müssten, um die Anforderungen zu erfüllen.
Statt an den Ursachen anzusetzen, setzen viele Arbeitgeber auf Individualmassnahmen. Stresskurse und Resilienztrainings ersetzen keine ausreichende Personalplanung, keine verlässlichen Arbeitszeiten und keinen funktionierenden Gesundheitsschutz.

Besonders gravierend ist der fehlende Vollzug des Arbeitsrechts. Pro Jahr werden schweizweit nur rund 40 Unternehmen wegen Arbeitszeitverstössen gebüsst, im Bereich Gesundheitsschutz noch weniger. Gemessen an der Zahl der Betriebe werden Arbeitgeber von den Kantonen durchschnittlich nur alle 20 Jahre kontrolliert. Gleichzeitig wurden die Bewilligungen für Nacht- und Sonntagsarbeit in den letzten Jahren massiv ausgeweitet, während Schutzbestimmungen durch zahlreiche Verordnungsänderungen schrittweise gelockert wurden.

VOLLZIEHEN STATT VERSTECKEN
Der SGB fordert deshalb eine Vollzugsoffensive: mehr Arbeitsinspektorinnen und -inspektoren und Kontrollen mindestens alle zwei Jahre. Weitere Lockerungen des Arbeitnehmendenschutzes werden die Gewerkschaften entschieden bekämpfen. Medici zieht eine klare rote Linie: «Eine Ausweitung der Sonntagsarbeit und eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten kommen nicht in Frage.»

TEMPORÄRE IN DER PFLEGE: Das Zuger Obergericht bremst eine Firma aus, die Pflegende unbezahlt auf Abruf stellte.

FOTO: ALAMY / MONTAGE: WORK



Laura und die Dächer der Stadt

Vor kurzem habe ich in einem Café zufällig mit einem Mann aus der Holzbaubranche ein spannendes Gespräch geführt. Mir fiel seine Zimmermanns Kleidung auf, und ich sprach ihn an. «Das Wetter könnte besser sein», sagte ich. «Passt schon, wir sind schlechtes Wetter gewohnt», antwortete er. Und so kamen wir ins Gespräch. Er erzählte



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

mir, dass seine Gspönl und er in der Stadt oft komische Blicke wegen der Arbeitskleidung kassieren. Sein Beruf erhalte keine Wertschätzung, ganz im Gegenteil. Ich wurde neugierig und wollte mehr wissen: Er erzählte über eine Baustelle im Herzen der Stadt. Dort mussten sie zu Beginn ohne fliessendes Wasser arbeiten. Er bat den Bauherrn um einen Wasseranschluss. Und was war die Antwort des Bauherrn? Er solle den Brunnen unten an der Strasse zum Händewaschen nutzen. Da schnappte sich mein neuer Kaffee-Bekannter den Bauherrn und liess ihn vom Rand des Baugerüsts runterschauen. «Weisst du, was das da für eine Strasse ist?» fragte der Arbeiter. Der Bauherr blickte verwirrt. «Das ist verdammt noch mal eine der teuersten Strassen der Welt, und ich diskutiere hier wegen eines Wasseranschlusses! Nicht zu fassen! Aber okay, dann warte mal ab, bis die Gipser kommen und den Brunnen benutzen müssen.» Das wirkte. Der Anschluss wurde installiert. Ich feierte den Zimmermann für seine schlagfertige Antwort, weil sie amüsant und wirkungsvoll war.

WEN JUCKTS'? Das Gespräch stimmte mich aber auch nachdenklich. Dieser Mann arbeitet hart, bei jedem Wetter, damit wir buchstäblich ein Dach über dem Kopf ha-

**Das zeugt von
null Empathie
für die Arbeit
anderer.**

ben. Doch nicht mal fließendes Wasser wollte der Bauherr ihm zugestehen. Dabei hatte mein Kaffee-Bekann-

ter nur ein absolutes Minimum an halbwegs guten Arbeitsbedingungen gefordert. Doch der Bauherr stand auf dem Schlauch. Das zeugt von null Empathie und Wertschätzung für die Arbeit anderer.

Der Zimmermann berichtete mir auch von der Unia. Und davon, wie die Gewerkschaft ihm in einer Situation half, als ein Arbeitgeber ihm den Lohn vorenthalten wollte. «Die Gewerkschaften sind wichtig! Sie sind die einzigen, die sich um das Wohl der Arbeiterinnen und Arbeiter kümmern. Die anderen juckt's nicht die Bohne, wie es uns geht», sagte er mir. «Siehste, wenn es nach denen geht, hätten wir nicht mal Wasser.» Ich schätze es sehr, wenn Menschen so offen über Missstände in ihrem Berufsalltag sprechen. Ich lerne, dass wir nicht nur im Verkauf mangelnden Respekt erleben. Und ich betrachte die Dächer der Stadt jetzt aus einer ganz neuen Perspektive.

Zürcher Temporärfirma und ihr «Abrufsystem» «Überisierung» der Pflege vor Gericht

Flexible Arbeitsbedingungen mögen fast alle. Die Arbeitgeber lieben sie vor allem, wenn sie auf Kosten der Arbeitenden gehen. Das ist in der Pflege nicht anders. Das Zuger Obergericht hat einen Entscheid getroffen, der wegweisend ist. Es geht um viel Geld.

CLEMENS STUDER

Wer als Pflegefachperson temporär arbeitet, kennt das »Pool«-Prinzip: Man registriert sich bei einer Vermittlungsfirma, unterschreibt einen Rahmenvertrag und trägt in einem Onlinekalender ein, an welchen Tagen und zu welchen Zeiten man verfügbar ist. Für die Einsatzbetriebe wirkt das wie ein Notfallschieber:

Den Fall hat eine Firma angestossen. Dabei wären Ämter dafür zuständig.

Modell beziehungsweise die Frage, wie weit diese «Flexibilisierung» gehen darf, liegt nun vor dem Bundesgericht.

ZUGER GEGEN ZÜRCHER

Angestossen hat das Gerichtsverfahren eine Firma in der Pflege-Temporärarbeit-Branche. Es geht um einen knallharten Kampf um Kosten, Abläufe und damit um die Arbeitsbedingungen der Pflegenden. Konkret wirft die Zuger Firma Flexhaus einer Zürcher Konkurrentin (die es vorzieht, anonym zu bleiben) vor, sie verschaffe sich einen rechtswidrigen Marktvorteil. Und zwar, indem sie die Temporärangestellten nicht entschädige für die Zeit, in der diese zwar verfügbar sein müssen, aber noch nicht effektiv arbeiten. Darum könne sie günstiger anbieten als korrekt arbeitende Konkurrentinnen. Ausserdem arbeite die Konkurrentin bei den Einsatz-

verträgen mit einem Unterschriften-Workflow, der die gesetzliche Schriftform nicht erfülle. Das Obergericht des Kantons Zug erliess im Oktober 2025 eine «vorsorgliche Massnahme» im Sinne der klagenden Flexhaus. Sie gilt seit dem 1. Januar 2026.

WANN IST EIN ABRUF EIN ABRUF?

Der Kern des Streits ist eine arbeitsrechtliche Unterscheidung, die im Alltag von Arbeitgeberseite schnell «vergessen» wird:

- **Echte Arbeit auf Abruf** liegt vor, wenn der Arbeitgeber festlegt, wann jemand zu arbeiten hat – ohne dass die Person dann noch ablehnen kann. Wer in dieser Zeit «auf Abruf» bleibt, kann nicht frei über die eigene Zeit verfügen. Diese Bereitschaft ist deshalb zu entschädigen, auch wenn am Ende kein Einsatz stattfindet.
- **Unechte Arbeit auf Abruf** bedeutet: Es gibt zwar Anfragen, aber die Arbeitnehmerin kann Nein sagen. Dann entsteht die Pflicht erst mit der Zustimmung. Für die bloße Verfügbarkeit ist keine Entschädigung geschuldet.

DER KONKRETE FALL

Für das Zuger Gericht war entscheidend, wie der Pool der Zürcher Firma konkret funktioniert: Die Temporärmitarbeitenden können ihre Verfügbarkeit zwar selber ändern oder löschen. Sobald sie aber von einem Einsatzbetrieb gebucht sind, haben sie kein Ablehnungsrecht mehr. Genau dort sieht das Gericht die Schwelle zur echten Arbeit auf Abruf überschritten. Das Gericht untersagt der Zürcher Firma deshalb, Einsatzverträge zu schliessen, die echte Arbeit auf Abruf mit weniger als 10 Prozent Rufbereitschaftsentschädigung vorsehen.

EIN KLICK REICHT NICHT

Neben dem Geld geht es um den technischen Prozess der Arbeitsbuchung. Für Einsätze von mehr als sechs Stunden verlangt das Arbeitsvermittlungsgesetz einen schriftlichen Vertrag. Schriftlich heisst: eigenhändig unterschrieben oder mit qualifizierter elektronischer Signatur. Ein System, das eine einmal erfasste Signatur speichert und später per Mausklick wiederverwendet, genügt laut Gericht nicht. Und zwar auch dann nicht, wenn die Un-

terschrift auf einem Touchscreen erfasst wurde.

FEHLEN PFLEGENDEN 200 MILLIONEN?

Formal beschäftigt sich das Gericht mit dem Thema «unlauterer Wettbewerb». Und Flexhaus geht es natürlich auch um Marktanteile: Wer Rufbereitschaft nicht entschädigt und Vertragsabschlüsse maximal vereinfacht, kann günstiger anbieten. Doch, so sagt Flexhaus-Geschäftsführer Melvin Sevenich zu work: «Die Leidtragenden sind in diesem Zusammenhang wirtschaftlich die Mitarbeitenden. Aufgrund der Zahlen in der Forschung schätzen wir, dass temporär arbeitende Pflegende während der vergangenen zehn Jahre branchenweit mehr als 200 Millionen Franken Abrufzeiten-Entschädigung nicht bekommen haben.»

MACHEN ÄMTER IHREN JOB?

Bemerkenswert am Gerichtsfall ist, dass die Verletzung des Arbeitsgesetzes von einem Unternehmen der Branche angestossen wurde. Dabei waren dafür Ämter zuständig. Flexhaus-Chef Melvin Sevenich sagt: «Ich finde es unglaublich, dass wir als konkurrierendes Unternehmen diese Praxis überhaupt erst entdecken mussten. Es entsteht der Eindruck, dass der Markt in diesem Bereich strukturelle Mängel aufweist. Vor diesem Hintergrund sehen wir auch bei den zuständigen Stellen weiteren Handlungsbedarf, insbesondere beim Seco, bei den kantonalen Arbeitsämtern sowie beim Branchenverband Swissstaffing.»

UNIA GESPANNT

Die unterlegene Firma hat Beschwerde beim Bundesgericht eingereicht. Diese hat keine aufschiebende Wirkung. Und darum gilt, bis das Bundesgericht entscheidet, die Verfügung des Zuger Einzelrichters. Auch bei der Unia ist man gespannt auf den Entscheid aus Lausanne. Samuel Burri, Co-Leiter Pflege, sagt: «Die (Plattformisierung) der Temporärarbeit im Gesundheitswesen ist ein Problem. Wir hatten in den letzten Monaten immer wieder Hinweise aus der Unia-Basis, dass Betriebe temporäres Personal nur noch kurzfristig für einzelne Dienste buchen. Das setzt die bestehenden Teams massiv unter Druck, weil immer neue Leute kommen, die für kurze Zeit eingearbeitet werden müssen.»



DIE LEIDTRAGENDE: Búzer der Matratzenfirma Swisspur protestieren in Montlingen SG gegen die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen. FOTO: UNIA

Die Schliessung war nur vorgetäuscht Chef auf Tauchgang: St. Galler Matratzen- Bude wurstelt weiter

Im Dezember flog die jahrelange Hungerlohn-Politik der St. Galler Betten- und Matratzenfirma Swisspur auf. Dann kündigte der Chef die Einstellung der Produktion an. Eine Finte, die jetzt die Behörden auf den Plan ruft.

JONAS KOMPOSCH

Im Dezember flogen die Fetzen im St. Galler Rheintal. Vor der maroden Matratzenfabrik Swisspur in Montlingen SG probten die Beschäftigten den Aufstand – gegen ihren Chef Michael Janzik (55). Er hatte sie jahrelang zu Hungerlöhnen von rund 2800 Franken ausgebeutet. Mit dem so ergaunerten Profit liess es sich der gebürtige Deutsche gutgehen. In Murg am Walensee fühlte er sich offenbar so wohl, dass er sich dort letzten März

Dass die Firma den Betrieb einstellt, war gelogen.

auch einbürgern liess. Und seinen beiden Söhnen (beide um die 20) finanzierte er ein regelrechtes Prasserleben. Etliche Luxuskarossen, mit denen Janziks Junioren auf Instagram angeben, laufen auf die Firmen von Papi.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter lebten derweil von der Hand in den Mund, weit unterhalb der Armutsgrenze. Ein Teil von ihnen sei zudem schwarz beschäftigt worden, versichern sie. Und auch von groben Mängeln bei der Arbeitssicherheit ist die Rede. Videos zeigen, wie Arbeiter auf den Gabelstapler klettern müssen, um Hochregale zu beladen. Oder wie Regenwasser in die verstaubte Fabrik tropft. Oder wie B ezer Klebstoff versprühen, bloss mit einer Corona-Maske als «Schutz».

Beschäftigte, die sich gegen solche Zumutungen wehrten, flogen raus. Die Unia hat deswegen mehrere Verfahren aufgeleitet. Swisspur-Chef Michael Janzik zeigte sich bisher jedoch an keinem Termin. Und alles deutet darauf hin, dass er sich auch weiterhin aus der Verantwortung tricksen will – und zwar mit den üblichen Maschen.

STROHMÄNNER UND FIRMEN-WIRRWARR

Bloss einen Tag nach den work-Enthüllungen im Dezember verschickte Janzik eine Medienmitteilung. Auf die Vorwürfe ging er dort mit keinem Wort ein. Stattdessen stellte er eine neue Firma vor: die Swisspur Online AG. Sie sei fortan für den Vertrieb der Ware zuständig, nicht aber für die Produktion. Diese werde in Montlingen «per Ende Januar 2026» eingestellt, verkündete Janzik später in der Presse. Doch jetzt ist klar: Das war gelogen. «In Montlingen wird munter weiterproduziert, wenn auch mit weniger Leuten», sagt der zuständige Unia-Sekretär Patrick Lenghel. Ehemalige Beschäftigte berichteten zudem nach wie vor von Schwarzarbeitern, die für die Auslieferung zuständig seien, so Lenghel. Und auch die Hire-and-fire-Politik geht offenbar weiter wie bisher: «Erst letzte Woche wurden wieder zwei Arbeiterinnen geschasst», weiss Lenghel. Und: «Die Firma sucht schon wieder Ersatz.» Tatsächlich wird auf dem Stellenportal Ostjob.ch eine Näherin oder ein Polsterer in Voll-

zeit gesucht. Geboten wird unter anderem eine «moderne Arbeitsumgebung» und ein «angenehmes Arbeitsklima». Aber: Anbieterin ist nicht die Swisspur Manufaktur AG. Ihren Sitz hatte Janzik nämlich in einen Briefkasten nach Basel verlegt und die Zeichnungsberechtigung an einen Vertrauten überschrieben. Es ist die Textil & Tradition Rheintal AG, die jetzt Personal sucht. Sie war von einem zweiten Vertrauten von Janzik gegründet worden, just nachdem die Unia aktiv geworden war. Ihr angeblicher Geschäftsführer ist trotz mehreren Kontaktversuchen nicht zu erreichen. Weil er bloss ein Strohmann ist? Fragt man in den verschiedenen Swisspur-Showrooms nach Michael Janzik, wird man jedenfalls wie bisher auf die Telefonnummer der Montlinger Fabrik verwiesen. Doch dort herrscht Funkstille. Und Janzik selbst lässt mehrere Anrufe und Mailanfragen unbeantwortet. Auch sonst versucht er, Distanz zu gewinnen.

KANTON SIEHT SICH GETÄUSCHT

So strickte er drei Wochen nach den Protesten abermals an seinem Firmengeflecht. Er trat nämlich aus dem Verwaltungsrat der Swisspur Schlafkomfort AG zurück. Das ist just jene Rechteinheit, die – so zeigen es die Arbeitsverträge – diverse Arbeiterinnen und Arbeiter zu GAV-widrigen Dumpingl hnen ausgebeutet hat. Und gegen die deswegen jetzt Verfahren laufen.

Ende Januar folgte die nächste Änderung im Handelsregister: Die Swisspur Schlafkomfort AG heisst neu Global Sleep Europe AG und sitzt nicht mehr in Hünenberg ZG, sondern in Zürich Altstetten.

Wie lange das Versteckspiel noch weitergeht, hängt nicht zuletzt von den Behörden ab. Beim Kanton St. Gallen hat man die Firma jedenfalls schon länger auf dem Radar. Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) habe letzten Oktober eine Schwarzarbeitskontrolle durchgeführt, sagt Sprecher Adrian Schumacher auf Anfrage. Allerdings habe diese keine Unregelmässigkeiten zutage gefördert. Und jetzt? «Aus naheliegenden Gründen kündigt das AWA Schwarzarbeitskontrollen nicht im Vorfeld an.» Aber im allgemeinen erfolgten Kontrollen jeweils aufgrund von Hinweisen oder des Umstands, dass ein Betrieb zu einer Risikobranchen zähle, so Schumacher. Mit Besuch muss in Montlingen also gerechnet werden. Nicht zuletzt deshalb, weil sich der Kanton offenbar getäuscht sieht. Das Arbeitsinspektorat, zuständig für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, habe nur deshalb noch keine Kontrolle durchgeführt, weil Swisspur im Dezember die Produktionseinstellung per Ende Januar verkündet habe: «Da es sich unserer Ansicht nach nur noch um eine Abwicklung des Betriebes handeln konnte, haben wir nicht mehr interveniert.» Nun ist die Finte aufgefliegen. Schumacher: «Wir werden zeitnah eine Kontrolle vor Ort durchführen.»

Aktiv geworden ist ausserdem die für den GAV-Vollzug zuständige paritätische Berufskommission der schweizerischen Möbelindustrie. Sie bestätigt auf Anfrage: «Ein Verfahren läuft.»

Swissmetal: 20 Jahre nach «Der Beginn als ihn auf

Der Streik bei Swissmetal im Berner Jura mobilisierte vor 20 Jahren die ganze Region. work war auf Spuren-suche in Reconvilier, wo die historische Metallfabrik weiterproduziert, wenn auch auf Sparflamme.

IWAN SCHAUWECKER

Am Dorfeingang von Reconvilier BE prangt ein Lidl-Logo. Auf dem Parkplatz des Discounters stand früher das Materialdepot von Swissmetal, wo das Kupfer für die Metallfabrik zwischengelagert wurde. Hier ist Pierre-Alain Girard (69) aufgewachsen. Er sagt: «Als Kind spielten wir rund um diese

Vieles zeugt vom Niedergang des einst stolzen Unternehmens.

Lagerhallen, alles war offen, das ist heute kaum noch vorstellbar.» Die Fabrik war auch wichtiger Teil seines Berufslebens. Während vierzig Jahren arbeitete er als Laborant für das Traditionsunternehmen im Berner Jura. Zuerst als Metallurgie-Spezialist an der Universität Neuenburg und später im Labor der «Boillat», wie die Einheimischen ihre Fabrik bis heute nennen. Der Bau erstreckte sich über mehrere Hundert Meter entlang der Grand-Rue, der Durchgangsstrasse von Reconvilier.

DER SICHTBARE NIEDERGANG

Die Uhr an der Fassade der Fabrikhalle läuft noch. Und im Innern b uzen heute noch etwa 100 Arbeiter und Arbeiterinnen. Aber rund um die Fabrik zeugt vieles vom Niedergang des einst stolzen Industrieunternehmens. Das Hôtel de l'Ours, das Café des Arts und das Restaurant du



WAR MITTENDRIN: Pierre-Alain Girard arbeitete als Laborant bei Boillat. FOTO: YAY

Midi sind dauerhaft geschlossen. Ausserhalb des Dorfs entstehen Neubauten, aber hier an der Grand-Rue stehen viele historische Gebäude und Wohnungen zum Verkauf. Im Februar 2006 war das noch anders. Damals war noch Leben im Dorf. Und wie! Es wurde gestreikt, und die Boillat wurde von den Arbeitern besetzt. Während 30 langer Tage. Girard sagt: «Auf dieser Strasse gingen täglich rund 300 Arbeiter auf ihren Protestmarsch vom Werk 1 ins Werk 2 zur Arbeiterversammlung. Und in der Mitte der Strecke war ein alternatives Kulturzentrum, das unseren Streik unterstützte und wo wir uns mit den Leuten aus dem Dorf trafen.»

MIT DEM STREIKF HRER IM CAFÉ

Nicolas Wuillemin (78) war einer der Streikf hrer und bis zu seiner Entlassung, während des Streiks im Jahr 2006, Präsident der Betriebskommission. Wir treffen ihn im Café des Etoiles neben der Fabrikantenvilla, die ebenfalls verwaist ist. Für ihn bleibt der Streik eine zwiespältige Angelegenheit. Er sagt: «Wir haben damals gestreikt, weil wir dem Management der Firma überhaupt nicht trauten. Es ist gut, dass wir versucht haben, die Dinge zu ändern.» Auch der Rückhalt in der Bevölkerung und in der ganzen Schweiz sei enorm gewesen. Er sagt: «Bei der Protestaktion an einem

DIE VORGESCHICHTE DES STREIKS

Die Fabrik war spezialisiert auf die Verarbeitung von Buntmetallen und belieferte die Uhrenindustrie der Region und auch Kundschaft weltweit. Die 400 Mit-



LEBEN IM DORF: Vor 20 Jahren zogen die B uzer täglich durch Reconvilier. In der Bevölkerung war der Rückhalt enorm. FOTO: ZVG

dem Kampf um die «Boillat» im Berner Jura des Streiks war einfacher, gute Weise zu beenden»



Samstag hatten wir 10 000 Menschen hier im Dorf, und wir haben eine Million Franken für unsere Streikkasse gesammelt.» Und dennoch, das Resultat des Streiks sehe er sehr negativ. Wuillemin sagt: «Wir haben mit dem Streik nichts raus-



STREIKF HRER: Nicolas Wuillemin bot den Bossen die Stirn. FOTO: YAY

geholt. Man hat uns eine Mediation angeboten und gleichzeitig die gesamte Leitung der Fabrik, die sich am Streik beteiligt hatte, entlassen.»

TAG UND NACHT AUF FABRIKGELÄNDE

Jean-Pierre Chapuis (71) war zur Zeit des Streiks Unia-Sekretär für die Region Transjurane. Erst nach der Abstimmung in der Betriebsversammlung hatte Chapuis vom Streik erfahren und war dann sofort nach Reconvilier gefahren. Er sagt: «Wir wurden damals vor vollendete Tatsachen gestellt. 80 Prozent der Mitarbeitenden waren Mitglied bei der Unia, wir hatten also gar keine andere Wahl, als diesen Streik zu unterstützen.» Das bedeutete auch,

dass man Tag und Nacht vor Ort auf dem Fabrikgelände pr sent war. Auch Fabienne K hn (73) war als Mitglied der Geschäftsleitung der Unia oft vor Ort. Zu work sagt sie: «Besonders in Erinnerung bleiben mir die unglaubliche Einigkeit und der Zusammenhalt dieser Belegschaft.» Nach zwei Wochen intervenierte der Bundesrat. Wirtschaftsminister Joseph Deiss forderte die Parteien zur Mediation auf und ernannte Rolf Bloch von der gleichnamigen Schokoladenfabrik als Vermittler. Doch auch Unia-Frau K hn empfand die Mediation als sehr schwierig: «Bei den Verhandlungen über diesen Arbeitskonflikt und die Reorganisation des Unternehmens waren die Fronten völlig verhärtet.» Dennoch sieht sie die Bilanz des Streiks nicht ganz so kritisch wie Wuillemin. Der Weiterbestand des Standorts mit der Giesserei, die auch heute noch in Betrieb ist, wäre ohne den Streik wahrscheinlich nicht möglich gewesen. Dank dem Streik gehe die 170j hrige Geschichte der Fabrik im Tavannes-Tal weiter. Nach dem Streik wurde Laborant Girard Präsident der Betriebskommission. Weil es sonst niemand machen wollte. Girard sagt: «Es war sicher einfacher, diesen Streik zu beginnen, als ihn dann auch auf eine gute Weise zu beenden.» Im Sommer nach dem Streik hatte sich der Kurs der Swissmetal-Aktie verdoppelt. Doch nur fünf Jahre später machte das Unternehmen unter Hellweg Konkurs. Die Zehn-Millionen-Klage gegen die Unia wegen angeblich «illegalen» Streiks wurde sang- und klanglos fallengelassen.

Die ehemalige Kantine hinter der Fabrik wird jetzt von einer evangelischen Freikirche gemietet. Auch das war ein wichtiger Ort für die Streikenden gewesen. Girard zeigt das ehemalige Verwaltungsgebäude der Fabrik. Der Schriftzug der Réception ist abgefallen, und die Treppe bröckelt. Durch den Konkurs der chinesischen Firma Baoshida, die Swissmetal während einiger Jahre übernommen hatte, sind die Gebäude in der Konkursmasse und die Besitzverhältnisse wenig

Nur dank dem Streik ist der Standort noch heute in Betrieb.

terhin unklar. Die gegenwärtige Besitzerfirma Swiss Team ist in der Fabrik lediglich eingemietet und investiert deshalb auch nicht in den Gebäudeunterhalt.

DREI STUNDEN ARBEITSWEG

Girard sagt: «Hier auf dem Parkplatz stehen jetzt die Autos von Arbeitern, die jeden Tag aus dem Elsass hierhinfahren.» Weil die Swissmetal-Fabrik in Dornach SO, wo sie früher angestellt waren, letztes Jahr dichtgemacht hat, haben sie jetzt drei Stunden Arbeitsweg. Dass sie jetzt an diesem Standort im Berner Jura arbeiten müssen, ist eine kleine Ironie der Geschichte.

Buchtipp: «Streik im 21. Jahrhundert», von Vanja Allea und Andreas Rieger, Rotpunktverlag 2017

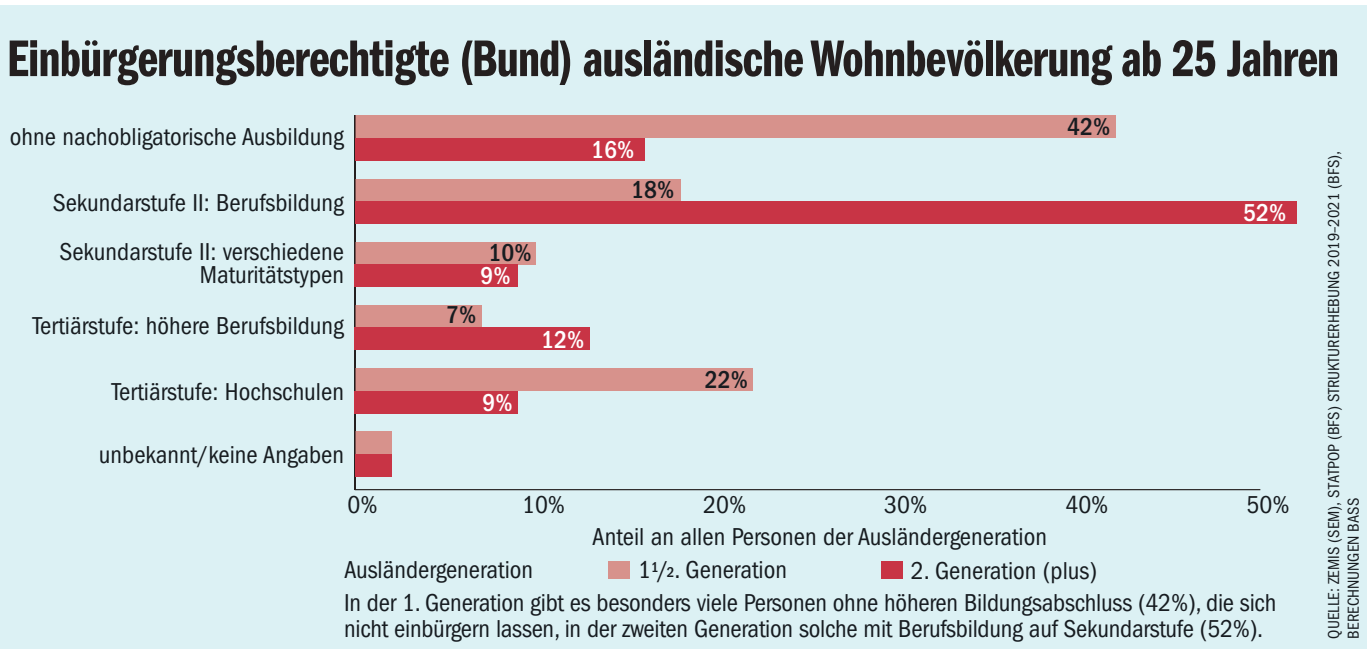
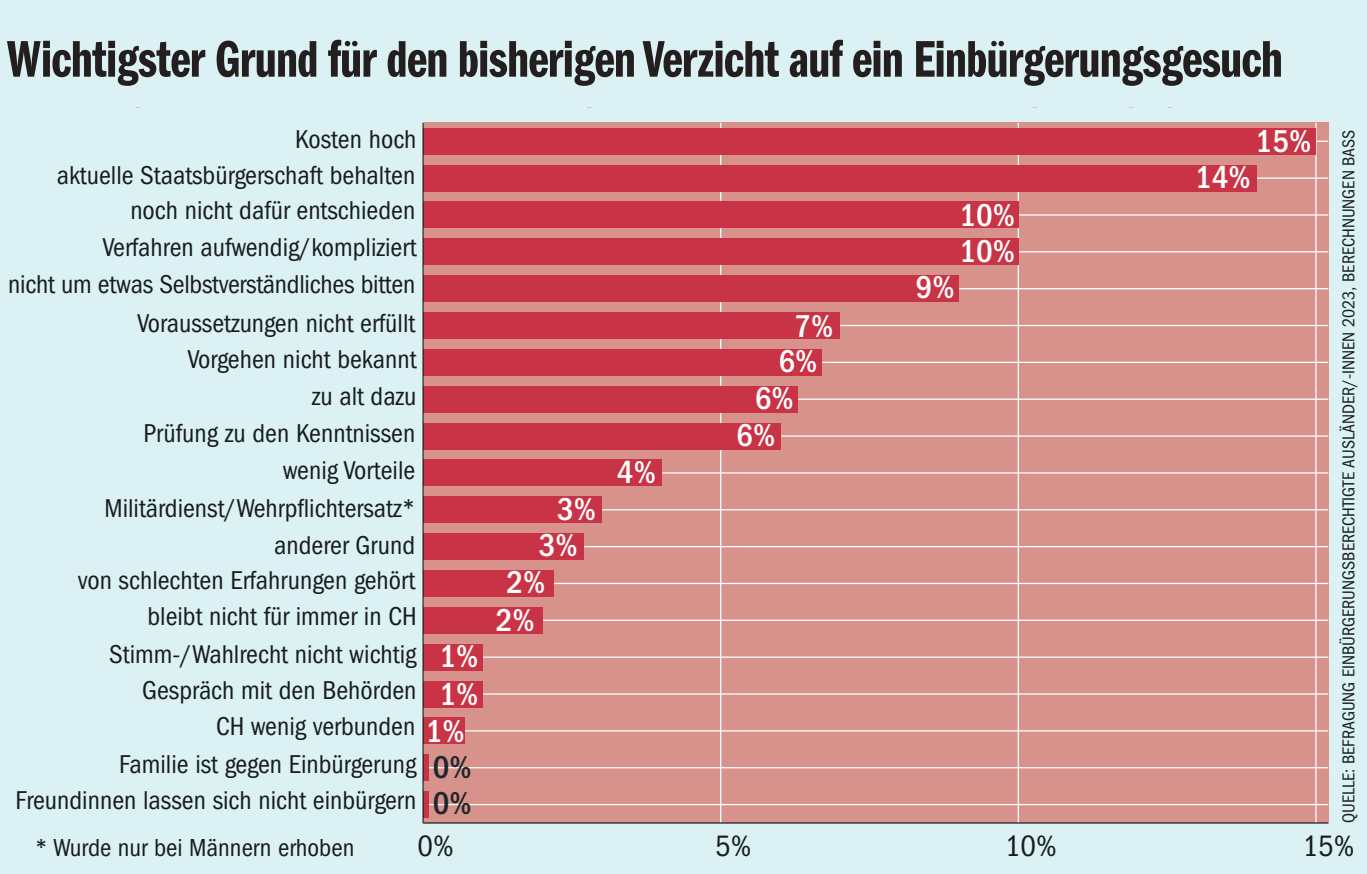
Mehr über die Industriegeschichte des Berner Juras im Centre jurassien d'archives et de recherches économiques: cejare.ch



STREIK IN ALLEN FACETTEN: So verlief der Arbeitskampf vor 20 Jahren im Berner Jura. FOTOS: KEYSTONE

Fast eine Million Menschen lassen sich nicht einbürgern ...

... obwohl sie die rechtlichen Anforderungen erfüllen.



Mehr als die Hälfte der ausländischen Wohnbevölkerung erfüllen die rechtlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung. Das sind 1,2 Millionen Menschen. Dennoch erhielten im Jahr 2022 lediglich 40 000 Personen den roten Pass. Eine neue brisante Studie zeigt die Gründe auf.

IWAN SCHAUWECKER

«Hier aufgewachsene Ausländer sind dank des Besuchs schweizerischer Schulen mit unseren Gegebenheiten weitgehend vertraut und nur den Papieren nach Ausländer. Ihre volle Eingliederung in die schweizerische Gesellschaft ist mit allen Mitteln zu fördern.»

Diese feurige Rede für die erleichterte Einbürgerung stammt nicht etwa vom amtierenden Justizminister Beat Jans (SP). Es war CVP-Bundesrat Kurt Furgler, der sich im Jahr 1982 für die erleichterte Einbürgerung von Secondos und Secondas starkmachte. Die Schweizerinnen und Schweizer lehnten die Vorlage damals mit 55 Prozent Nein-Stimmen ab (siehe Beitrag mit Paul Rechsteiner rechts). Damals hatte der Bundesrat eine klare Haltung: Alle Menschen, die in der Schweiz auf-

gewachsen sind, sollen das Recht auf politische Mitbestimmung haben und nicht diskriminiert werden. Heute sucht man einen solchen staatspolitischen Anspruch des Bundesrates vergebens.

BUNDESRÄTLICHES SCHULTERZUCKEN

Der Bundesrat empfiehlt die Volksinitiative «Für ein modernes Bürgerrecht (Demokratie-Initiative)» ohne jeglichen Gegenvorschlag zur Ablehnung. Diese will das Schweizer Bürgerrecht nach einem rechtmässigen Aufenthalt von fünf Jahren und bei Grundkenntnissen einer Landessprache möglich machen. Aktuell ist das Einbürgerungsverfahren je nach Kanton und Gemeinde verschieden. Diese fehlende Chancengleichheit bei der Einbürgerung ist auch Thema einer neuen Studie, die das Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) im Januar veröffentlicht hat. Die Studie angestossen hat die Ex-Ständerätin und Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone. Sie wolle der tiefen Einbürgerungszahl von Ausländerinnen und Ausländern der zweiten Generation auf den Grund gehen. Ihr Vorstoss veranlasste den Bundesrat dazu, die Studie in Auftrag zu geben. Sie liefert die neuesten Zahlen und erklärt die Gründe für die hohe Zahl von Nichteinbürgerungen. Mazzone sagt zu work: «Der Bericht zeigt, wie die Einbürgerung immer mehr zu einem Privileg für gutverdienende und gutausgebildete Personen geworden ist. Wenn nur die Aufenthaltsdauer und die Sprachkennt-

nisse relevant wären, würden fast 80 Prozent der Befragten die Einbürgerung verlangen.»

GRÜNDE FÜR DIE (NICHT-)EINBÜRGERUNG

1,2 Millionen Ausländerinnen und Ausländer, also mehr als die Hälfte der ausländischen Wohnbevölkerung, erfüllen die Voraussetzungen des Bundes für eine Einbürgerung. Dennoch wurden im Jahr 2022 lediglich 40 000 Personen eingebürgert. Mit einer durchschnittlichen Einbürgerungsquote von rund 1,7 Prozent der ausländischen Wohnbevölkerung liegt die Schweiz unter dem Gesamtdurchschnitt der EU (2,2%) und deutlich hinter Spitzenreiter Schweden (10,6%). Als wichtigste Motive für eine Einbürgerung nennen die zehn einbürgerungsberechtigten Personen geben an, sich einbürgern lassen zu wollen oder dies zumindest langfristig anzustreben.

SCHWEIZER KLASSENGESELLSCHAFT

Die Studie zeigt auch, dass Faktoren wie höhere Bildung, jüngerer Alter, tiefere Gebühren und weniger restriktive kantonale Regelungen die Wahrscheinlichkeit einer Einbürgerung deut-

lich erhöhen. Die Einbürgerung in der Schweiz ist insbesondere für Menschen ohne höheren Bildungsabschluss ein schwieriges Unterfangen. Die Anteile der Einbürgerungen von Staatsangehörigen ausserhalb der EU sind zwischen 2020 und 2022 ebenfalls gesunken. Mazzone findet es problematisch, dass heute eine C-Bewilligung für die Einbürgerung nötig ist und damit insbesondere Menschen, die nicht aus der EU stammen, benachteiligt werden. Ein weiteres Problem sieht sie in der häufigen Ablehnung der Gesuche durch die Gemeinden. Sie sagt: «Oft führen willkürliche Kriterien wie angeblich fehlende Kenntnisse der «Schweizer Lebensart» oder mangelnder Kontakt mit der lokalen Bevölkerung zu einem negativen Entscheid.» Die Gemeinden würden auch viele Verfahren einstellen, was darauf hindeute, dass die Behörden entmutigt auf das Einbürgerungsverfahren einwirken.

EINBÜRGERUNGEN EINFACHER MACHEN

Um Einbürgerungen zu fördern, wären vereinfachte Verfahren, niedrigere Kosten sowie eine stärkere Harmonisierung der kantonalen Anforderungen wirksam, folgert die Studie. Doch der Bundesrat bleibt trotz der geringen Anzahl von Einbürgerungen und fehlender Chancengleichheit passiv. Als Antwort auf die Resultate der Studie schreibt er lediglich: «Der Bundesrat regt an, dass die Kantone aufgrund der Ergebnisse der Studie und des Gutachtens gemeinsam Möglichkeiten zur Vereinfachung und zur Harmonisierung des Einbürgerungsverfahrens prüfen.» Dabei könnte er konkrete Vorschläge machen wie: Die zweite Generation könnte von den Ge-

meinden explizit zur Einbürgerung eingeladen werden. Die Sprachvoraussetzungen könnten gelockert statt verschärft und die Kosten der Einbürgerung auf eine minimale Schreibgebühr reduziert werden. Mazzone sagt: «Es ist höchste Zeit für weniger Willkür und mehr Demokratie in der Schweiz. Ein Viertel der Bevölkerung ist von der Mitbestimmung ausgeschlossen, obwohl diese Menschen hier leben, arbeiten und Teil unserer Gesellschaft sind. Deswegen ist die Demokratie-Initiative dringend nötig: um den Zugang zum Schweizer Pass zu vereinfachen und zu beschleunigen.»

2,4 Millionen Ausländer: Die Viertel-Schweiz

Ende 2025 lebten 2,4 Millionen Ausländerinnen und Ausländer dauerhaft in der Schweiz. Das entspricht mehr als einem Viertel der Gesamtbevölkerung. Rund 1,5 Millionen Menschen gehören zur ersten Ausländergeneration, die nach ihrem 18. Lebensjahr in die Schweiz eingewandert ist. Die zweite Ausländergeneration, die in der Schweiz geboren oder vor ihrem 8. Lebensjahr eingereist ist, sowie die dritte Generation umfassen zusammen 630 000 Personen.

HÖHER ALS IN DER EU. Aufgrund der Nettozuwanderung und der gleichzeitig sinkenden Einbürgerungsquote ist der Ausländeranteil in der Schweiz in den letzten Jahren auf über 27 Prozent gestiegen und liegt damit ein Vielfaches über dem EU-Durchschnitt (8,4 Prozent). (isc)

Mesken Kahraman (37) über ihren mühseligen Weg zum Schweizer Pass «Das war eine grosse Schikane»

Mesken Kahraman (37) lebt seit 29 Jahren in der Schweiz und arbeitet in der Pflege. Ende 2025 hat es nach einem langwierigen und teuren Verfahren mit der Einbürgerung geklappt. Ein Erfahrungsbericht.

«Ich bin 1989 in Diyarbakir in der Türkei geboren und kam 1997 in die Schweiz. Ich lebe also seit 29 Jahren hier und bin jetzt erst offiziell eingebürgert worden. Das zeigt schon, dass unser System nicht richtig sein kann. Problematisch finde ich, dass es dabei nicht in erster Linie um Integration, sondern um Geld geht. Der ganze Prozess hat mich 5000 Franken gekostet. Und dann hiess es beim Staatssekretariat für Migration noch, dass sie meine Dokumente erst bearbeiten, wenn ich eine zusätzliche Bearbeitungsgebühr bezahle.

Apropos Dokumente: Der ganze Prozess war eine grosse Schikane. Ich bin in der Schweiz zur Schule gegangen und musste

nachweisen, dass ich hier in der Schule war. Von mir wurde verlangt, dass ich einen Lebenslauf von Hand

schreibe. Was ich auf dem PC geschrieben hatte, akzeptierte man nicht. Das ist doch nicht mehr zeitgemäss.

KEINE ERLEICHTERTE EINBÜRGERUNG. Schlimm ist auch die ganze Wartezeit, die hier im Kanton Solothurn zwischen zwei und drei Jahren liegt. Letztes Jahr hat der Kanton entschieden, dass bei den Sprachkenntnissen für die Einbürgerung mündlich ein B2-Niveau erreicht werden muss und schriftlich ein A2. Ich spreche perfekt Mundart und habe keine erleichterte Einbürgerung erhalten. Man kann nicht mit Ach und Krach Hürden setzen und anderen, die längst die Anforderungen der erleichterten Einbürgerung erfüllen, diese



ENDLICH SCHWEIZERIN: Mesken Kahraman erzählt vom langen, teuren und teilweise widersprüchlichen Prozess der Einbürgerung. FOTO: JUN

gut integrieren. Ich habe hier meine Lehre als Fachfrau Gesundheit abgeschlossen. Ich arbeite, ich zahle hier meine Steuern. Aber ich durfte so viele Jahre nicht abstimmen, ich war bei politischen Themen ausgeschlossen. Das ist für mich weder demokratisch noch ethisch und moralisch vertretbar.

Bevor ich mein Dossier endlich einreichen konnte, erhielt ich eine lange Liste mit Anforderungen und wurde ermahnt, alles fristgerecht abzugeben. Das habe ich getan. Doch die Behörden selbst liessen sich so lange Zeit, dass zwischen meinem ersten und meinem zweiten Gespräch einige Dokumente wieder abgelaufen waren und ich diese, wie zum Beispiel den Betreibungsregistrauszug, bei anderen Ämtern neu anfordern musste.

WANDERSCHUHE. Bei meinen Einbürgerungsgesprächen wurde ich gefragt, wie gut ich integriert sei. Meine Antwort war, ich sei so

gut integriert, dass ich eigene Wanderschuhe besitze. Ganz allgemein verliefen die Gespräche eigentlich gut. Doch am Schluss wurde ich ziemlich ausgequetscht zu verschiedenen politischen Themen. Und ganz zum Ende konnte ich noch etwas sagen zum Prozess und zu den Fragen. Man antwortete mir: «Machen Sie sich keine Sorgen, auch die meisten Schweizerinnen und Schweizer wüssten das nicht.» Zuerst habe ich das als Trost empfunden. Doch dann habe ich mich gefragt: Warum erwartet man das eigentlich von mir, wenn es so viele Schweizerinnen und Schweizer nicht beantworten können? Das war ein Widerspruch. Verstehen Sie mich richtig: Die Einbürgerung sollte kein Geschenk sein, muss aber fair gestaltet werden. Doch das ist nicht der Fall. Die Anforderungen für den Schweizer Pass werden von Menschen festgelegt, die ihn geschenkt bekommen haben und sich ihn nicht erarbeiten mussten.»

Das Auf und Ab des Schweizer Bürgerrechts «Schweizermacher» immer noch Realität

Der langjährige SGB-Präsident und ehemalige SP-Ständerat Paul Rechsteiner (75) zeichnet die wichtigsten Entwicklungen des Schweizer Bürgerrechts nach und zeigt auf, wie der Bundesrat nach rechts gerückt ist.

1982: Abstimmung über erleichterte Einbürgerung

Der Bundesrat will den in der Schweiz aufgewachsenen Ausländerinnen und Ausländern (zweite Generation) die erleichterte Einbürgerung ermöglichen. Die Vorlage scheitert mit 55 Prozent Nein-Stimmen.

1992: Neues Bürgerrechtsgesetz

Ein neues Bürgerrechtsgesetz tritt in Kraft. Die Rechtslage für binationale Paare verbessert sich deutlich durch die geschlechtsunabhängig verankerte erleichterte Einbürgerung des Partners oder der Partnerin nach fünf Jahren Ehe. Auch das Verbot der doppelten Staatsangehörigkeit wird abgeschafft. Hier gehört die Schweiz im europäischen Vergleich sogar zu den Vorreiterinnen.

1994: Volksmehr für erleichterte Einbürgerung

Der Bundesrat unternimmt einen weiteren Anlauf, um Menschen, die in der Schweiz aufgewachsen sind, das Bürgerrecht und demokratische Mitsprache zu verleihen. 53 Prozent

der Schweizerinnen und Schweizer stimmen zu, doch die Vorlage scheitert am Ständemehr.

2000-2009: BundesgerichtsUrteile zu Emmen LU und Rheineck SG

Das Bundesgericht urteilt in zwei wegweisenden Fällen gegen willkürlich verweigerte Einbürgerungen durch die Gemeinden Emmen und Rheineck. Im Fall Emmen hob das Bundesgericht den diskriminierenden negativen Entscheid auf, der sich ausschliesslich gegen Personen aus

«Die teilweise grotesken Einbürgerungstests sind schikanös.»

Ex-Jugoslawien gerichtet hatte. Im Falle Rheineck ordnete das Bundesgericht erstmals an, dass die Betroffenen eingebürgert wurden. Dies, nachdem sich die Mehrheit der Bürgerversammlung trotz Aufhebung des diskriminierenden ersten Entscheids geweigert hatte, die Diskriminierung zu beseitigen.

2004: Dritter Anlauf zur erleichterten Einbürgerung

Der Bundesrat lanciert einen weiteren Versuch für eine erleichterte Einbürgerung der zweiten Generation. Doch auch diese Vorlage wird abgelehnt, diesmal von Volk und Ständen.

2017: Erleichterte Einbürgerung für dritte Generation

Die Verfassungsrevision zur erleichterten Einbürgerung für Ausländerinnen und Ausländer dritten Generation wird mit 60 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Doch das Gesetz wird so restriktiv umgesetzt, dass die Effekte minimal bleiben: unter anderem durch eine willkürliche Altersgrenze von 25 Jahren. Bis dann muss das Gesuch für eine erleichterte Einbürgerung spätestens eingereicht sein.

2018: Revision des Bürgerrechtsgesetzes

Die Wohnsitzpflicht wird von zwölf auf zehn Jahre reduziert. Gleichzeitig werden aber auch weitere Hürden eingeführt, indem neu die Niederlassungsbewilligung C zwingend vorausgesetzt wird. Und die sprachlichen Anforderungen werden so verschärft, dass viele Migrantinnen und Migranten ohne höheren Bildungsabschluss keine Chance auf Einbürgerung mehr haben.



BEAMTE IM SCHNÜFFELWAHN: Szene aus dem Film «Die Schweizermacher». FOTO: ZVG

Über diese letzte Revision des Bürgerrechts sagt Paul Rechsteiner: «Wer nicht über eine höhere Schulbildung verfügt und manuelle Arbeit zum Beispiel auf dem Bau oder in der Reinigung verrichtet, kommt kaum mehr über die immer höheren formellen Anforderungen. Auch die teilweise grotesken Einbürgerungstests sind schikanös, wie die Praxis zeigt. Der Ungeist der «Schweizermacher», bis heute der erfolgreichste Schweizer Film aller Zeiten, ist an manchen Orten noch immer makabre Realität.»

BUNDESRAT RÜCKT NACH RECHTS

Auch der Bundesrat ist beim Bürgerrecht deutlich restriktiver geworden. Rechsteiner sagt: «Der Bundesrat stellte sich im Gegensatz zu heute jedes Mal mit Überzeugung hinter die Einbürgerungsvorlagen für die zweite Generation. Für den heutigen Bundesrat ist die erleichterte Einbürgerung dieser in der Schweiz aufgewachsenen Menschen kein Thema mehr, so sehr die «Demokratie-Initiative» Anlass dazu geboten hätte. Dass dies nicht geschehen ist, zeigt, wie gravierend sich die Verhältnisse in unserer Regierung inzwischen verschoben haben.» (isc)



EU-Mindestlohnrichtlinie:
Arbeitgebern
sei Dank!

Ende 2025 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass die EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne rechtmässig sei (work berichtete: rebrand.ly/mindest-lohn-eu). Die Mindestlohnrichtlinie sei rechtmässig, weil die EU das Recht habe, soziale Standards bei den Arbeitsbedingungen festzulegen. Diese weiterreichende In-



Roland Erne war Chemielaborant und GBI-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

terpretation der EU-Kompetenzen sei notwendig, damit die EU ihre sozialen Ziele verfolgen könne, urteilte der EuGH.

SIEG AUF GANZER LINIE. Der EuGH hat ausgerechnet jene Bestimmungen der Richtlinie bestätigt, die für die Gewerkschaften am wichtigsten sind. Dazu gehören die Referenzwerte für angemessene nationale Mindestlöhne: mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns und 50 Prozent des nationalen Durchschnittslohns. Oder die Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Förderung von GAV-Verhandlungen, einschliesslich einer GAV-Abdeckung von 80 Prozent.

Am bedeutendsten ist vielleicht: Der EuGH hat alle Artikel der Richtlinie zu stärkeren Gewerkschaftsrechten bestätigt. Selbst diejenigen, die Arbeitgeber dazu verpflichten, Gewerkschaften den virtuellen und physischen Zugang zu ihren Mitarbeitenden zu gewähren.

IRONIE DER STRATEGIE. Dem Urteil liegt eine selten übertroffene Ironie zugrunde: Der EuGH hätte diese gewerkschaftsfreundliche Richtlinie zur Lohn- und GAV-Politik kaum gebilligt, wenn die Arbeitgeberverbände nach der Finanzkrise ab 2008 nicht erfolgreich bei der EU dafür lobbyiert hätten, Löhne zu kürzen und GAV-Systeme zu durchlöchern. Danach verabschiedeten EU-Exekutiven entsprechende Vorgaben für Länder wie Griechenland, Irland, Portugal oder Rumänien. Europäische Arbeitgeberverbände drängten die EU dazu, in der Krise direkt in nationale Lohnfindungssysteme einzugreifen. Damit verwandelten sie unbeabsichtigt Lohnpolitik und GAV-Verhandlungen in legitime Politikbereiche der EU. Diese strategische Entscheidung der Arbeitgeber schuf einen Präzedenzfall, der später – dank vielen gewerkschaftlichen Protestaktionen – der gewerkschaftsfreundlichen Mindestlohnrichtlinie den Weg ebnete.

Der EuGH konnte nicht mehr glaubhaft argumentieren, dass die EU nicht befugt sei, in die Lohnpolitik der Mitgliedstaaten einzugreifen, nachdem er selbst in mehreren Urteilen länderspezifische EU-Interventionen in diesem Bereich gebilligt hatte. Das EuGH-Urteil ist deshalb nicht nur ein bedeutender Sieg für das soziale Europa. Es ist auch ein Beispiel für eine unbeabsichtigte Verschiebung von nationalen Entscheidungskompetenzen auf die EU-Ebene. Der taktische Sieg der Arbeitgeber während der Finanzkrise ist deshalb zu ihrer strategischen Niederlage im Kampf um die europäische Lohnpolitik geworden.

Roland Erne schreibt hier im Turnus mit Regula Rytz, was die europäische Politik bewegt.

Proteste in Iran: Bevölkerung will das Land von innen verändern
Die Anatomie des Widerstands

Die aktuelle Berichterstattung über die Proteste in Iran macht sichtbar, was die iranische Bevölkerung seit Jahrzehnten erleidet. Repression in Iran ist kein punktuell Ereignis, sie ist Teil der Staatsdoktrin. Kollektive Organisation in Iran bedeutet, sich unberechenbaren Konsequenzen auszusetzen – ein Risiko, das die Menschen mit grossem Mut und um jeden Preis tragen.

AIDA FARDAD*

«Der Weg zur Befreiung der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der arbeitenden Bevölkerung führt nicht über von oben produzierte «Führungsfiguren», über die Abhängigkeit von ausländischen Mächten oder über Fraktionen innerhalb der herrschenden Ordnung.» Mit dieser Deutlichkeit positionierte sich die Gewerkschaft der Teheraner Busfahrer anlässlich der neuen Proteste in Iran.

Die Stellungnahme steht in einer langen Geschichte staatlicher Repression: Seit der Gründung der Busfahrer-Gewerkschaft im Jahr 1958 sind ihre Gründer, aber auch Mitglieder wiederholten Repressionen ausgesetzt. Sie wurden festgenommen und während der Haft gefoltert. Gewerkschaftsaktivistinnen und -aktivisten in Iran sind bis heute Entlassungen, Gefängnisstrafen, Folter und in manchen Fällen der Todesstrafe ausgesetzt. Unabhängige Gewerkschaftsarbeit und andere Formen kollektiver Organisation werden in Iran durch systematische und brutale Repression unterdrückt.

FEHLENDE EINHEIT IN DER OPPOSITION

Wenn wir von einer ungeeinten Opposition in Iran sprechen, dürfen wir nicht vergessen, welchen Mut es braucht, in einem Land ohne Vereinigungsfreiheit und Verbot von



WELTWEITER WIDERSTAND: In vielen Ländern gehen die Menschen auf die Strasse, um sich mit den Protestierenden in Iran zu solidarisieren, wie diese Frau in Paris. FOTO: KEYSTONE

Parteien und Gewerkschaften überhaupt Formen kollektiver Organisation zu schaffen. Die jahrzehntelange Unterdrückung unabhängiger Organisationen hat die Möglichkeiten kollektiver Selbstvertretung stark eingeschränkt. Und doch verbindet sich seit Jahrzehnten der Kampf um politische Freiheit mit der Forderung nach sozialer Absicherung. Zum wiederholten Male zeigt die Bevölkerung, dass sie einen Punkt erreicht hat, an dem sie bereit ist, jede Konsequenz zu tragen, um für ihre Rechte einzustehen. Denn die Opposition bezahlt einen hohen Preis für den Wunsch nach Freiheit: Sie befindet sich im Gefängnis oder im Exil, wo die Sehnsucht nach der Heimat sie jeden Tag begleitet. Tausende haben bei den aktuellen Protesten ihr Leben gelassen – ein Schmerz, der ihre Familien ein Leben lang und über

weitere Generationen hinaus begleiten wird. Und doch: Die Hoffnung auf ein Leben in Freiheit wird vom Gefühl getragen, nichts mehr zu verlieren zu haben.

WANDEL MUSS VON INNEN KOMMEN

Die Botschaft der Teheraner Busfahrer ist symptomatisch für die Reife der Bewegung: Sie fordern eine Lösung von innen. Es ist die Absage an geopolitisches Profitdenken und an die Rückkehr zu alten, autoritären Strukturen. Die Busfahrer unterschreiben eine grundlegende Erkenntnis der politischen Soziologie: Ein wahrhaftiger gesellschaftlicher Wandel kann nicht importiert werden – er muss aus den autonomen Kämpfen aus der Mitte der Gesellschaft selbst hervorgehen.

* Aida Fardad ist Praktikantin in der Abteilung Politik der Unia. Sie hat Politikwissenschaft und Philosophie studiert. Ihre Eltern sind in den 1990er Jahren als anerkannte Flüchtlinge aus Iran in die Schweiz eingereist.

Sozialist gewinnt die Stichwahl zum Präsidenten in Portugal

«Seguro ist die Hoffnung für die Arbeiterschaft in Portugal»

Portugal hat einen neuen Präsidenten gewählt – und zwar den linken Politiker António José Martins Seguro. Kehrt jetzt endlich Ruhe und Stabilität für die portugiesische Bevölkerung ein?

DARIJA KNEŽEVIĆ

Stürmisch war die Präsidentschaftswahl in Portugal. Am vergangenen Wahlsonntag, dem 8. Februar, zogen heftige Winterstürme durchs Land. Die portugiesische Bevölke-



SEGURO, SEGURO! José Martins Seguro gewann die Präsidentschaftswahlen deutlich. FOTO: KEYSTONE

Die Wahl von Seguro ist ein klares Signal aus der Bevölkerung.

rung trotzte dem Unwetter und wählte einen neuen Präsidenten – den linken Politiker António José Martins Seguro. Er gewann mit einer Mehrheit von 66,7 Prozent.

Doch wer ist der neue Präsident? Der 63jährige ist Politiker des Partido Socialista (PS). Bereits als Jugendlicher war er politisch aktiv, immer in sozialistischen Kreisen. Im Jahr 2015 gab er seinen Rücktritt aus der Politik bekannt, zehn Jahre später kehrte er

zurück. Und hat jetzt die Bevölkerung überzeugt. Unia-Migrationssekretärin Nivalda Still sagt: «Seguro ist die Hoffnung für die Arbeiterschaft in Portugal.»

GEGEN RECHTS

Sein Gegner, André Ventura, Gründer der rechtsextremen Partei Chega, erreichte im zweiten Wahlgang rund 33 Prozent. Laut Migrationsexpertin Still polarisiert er mit rassistischen und populistischen Aussagen. Obwohl seine Partei und er selbst in der jüngsten Vergangenheit einen rasanten

Aufstieg genossen, blieb der Sieg an der Präsidentschaftswahl aus. Die Mehrheit der Portugiesen im Land haben sich gegen die extreme Rechte entschieden. Warum? Still erklärt: «Das Land ist in vielerlei Hinsichten sehr geschwächt. Gerade bei den Themen rund um Arbeit, Lohn sowie das Gesundheits- und Schulwesen braucht es dringend Verbesserungen.» Die Wahl von Seguro sei deshalb ein klares Signal aus der Bevölkerung.

Bei den Parlamentswahlen im vergangenen Mai setzte sich die Chega als zweit-

stärkste Kraft durch. Unter dem damaligen Präsidenten Luís Montenegro (work berichtete: rebrand.ly/StreikPortugal) sollte ein Gesetzesentwurf mit über hundert Verschlechterungen für die Arbeitenden durchgesetzt werden. Darunter die Schwächung des Kündigungsschutzes, Abbau von Elternurlaub, Abschaffung der Mindestlöhne und vieles mehr. Dies führte im November zu massiven Streiks im Land, am 11. Dezember legte sogar ein Generalstreik weite Teile des Landes lahm.

Die Wahl des Sozialisten Seguro ist aber mit Vorsicht zu geniessen: Zurzeit dominiert im portugiesischen Parlament eine rechte Mehrheit. Konkret sind 91 Sitze und damit die absolute Mehrheit bei der Mitte-rechts-Partei Partido Social Democrata (PDS), zweitstärkste Kraft ist die rechtspopulistische Chega mit 60 Sitzen. Die sozialdemokratische Partei (PS) mit 58 Sitzen ist nur die drittstärkste Kraft. Das Amt des Präsidenten hat in Portugal einen repräsentativen Charakter und ohne exekutive Funktionen. Seguro kann als Präsident dennoch das Parlament auflösen, Neuwahlen vorziehen oder ein Veto gegen Gesetze einlegen.



DIE RETTER: Zwei Mitarbeiter des Salvamento Marítimo, der Seenotrettung, im Hafen von Arguineguín auf Gran Canaria. FOTOS: GIACOMO SINI



DAS AUFNAHMEZENTRUM: Vor dem Eingang des Zentrums Canarias 50 in Las Palmas warten Geflüchtete auf Einlass.



DIE CHEFIN: Dolores Septién Terreros koordiniert von ihrem Büro aus in Santa Cruz de Tenerife die Einsätze der Seenotrettung.

Seenotretter Gran Canarias schlagen Alarm:

«Bei diesem Job leiden dein Herz und dein Körper»

Der Seeweg vom afrikanischen Festland bis auf die Kanaren ist zur tödlichsten Migrationsroute der Welt verkommen. Die staatliche Seenotrettung läuft am Anschlag. Gewerkschaften fordern dringend mehr Personal.

DARIO ANTONELLI UND GIACOMO SINI**

Die Morgensonne wärmt den Quai von Arguineguín, einer Kleinstadt im Süden Gran Canarias. Zwei orangefarbene Boote stechen hervor zwischen all den Fischkuttern und Touristenfähren. Sie gehören zum Salvamento Marítimo, einem Dienst des Verkehrsministeriums in Madrid, der ausschließlich aus zivilem Personal besteht und für die Sicherheit des Seeverkehrs verantwortlich ist. Er muss immer dann intervenieren, wenn jemand in Seenot gerät. Vor der kanarischen Küste sind das meistens Flüchtlinge aus Senegal und Mauretanien. Sie kommen mit dem Ziel, in Europa ein neues Leben zu beginnen. Doch oft wird das Gegenteil wahr.

Beim Versuch, in überfüllten Motorbooten die Kanarischen Inseln zu erreichen, gab es allein 2024 insgesamt 9757 bestätigte Todesopfer – eine erschreckend hohe Zahl. Sie macht die kanarische Route sogar zur tödlichsten Migrationsroute der Welt. Laut dem spanischen Innenministerium starben fast ein Fünftel all jener, die sich 2024 auf die kanarische Route begaben. Knapp 47.000 Personen überlebten die Überfahrt.

«WIR SIND ÜBERLASTET»

Zwischen den Haufen von Hummerfallen am Hafen übertönt eine Schweissmaschine die Stimmen vom proppenvollen Touristenmarkt. Direkt nebenan warten die Seeleute des Salvamento Marítimo auf einen möglichen Alarm – und bereiten Hunderte Schwimmwesten vor. Einer von ihnen gibt sich als Gewerkschafter zu erkennen, als Mitglied der anarchosyndikalistischen CGT. Er sagt: «Unsere Arbeit ist hart, physisch und psychisch.» Und erklärt: «Wenn es einen Notfall gibt, fängst du um acht Uhr mor-

Alleine 2024 gab es insgesamt 9757 bestätigte Todesopfer – eine erschreckend hohe Zahl.

gens an und kommst vielleicht erst am nächsten Morgen um drei nach Hause. In solchen Situationen sind wir überlastet. Deshalb bitten wir um mehr Ressourcen.» Die Regierung stellte jüngst zwei neue Rettungswagen. Was es aber vor allem brauche, sei mehr Personal. Denn die Arbeit sei unabdingbar – und das Meer hier äusserst rau. Wer El Hierro, die westlichste Kanareninsel, ins Visier nehme, könne schon durch einen Motorschaden oder einen Sturm vom Kurs abkommen – mit potentiell fatalen Folgen im Atlantik.

GERETTET NACH 7 TAGEN

Der 18jährige Saidou* steht am Fenster seiner Wohnung in Las Palmas. Er ist einer von vielen Senegalesen, die den Ozean überquert haben. «Während der Reise», erzählt er, «haben die Wellen unser Boot beschädigt. Wir benutzten Plastic, um die Löcher zu stopfen, und setzten unsere Reise fort. Das Wasser, das hereinsickerte, schöpften wir hinaus.» Saidou verbrachte sieben Tage auf See, bevor er die Kanaren erreichte. «Es war eine schreckliche Erfahrung. Starke Winde bremsen uns aus, einige wurden krank und erbrachen sich ununterbrochen.» Verpflegung gab es nur einmal pro Tag: eine Tüte Kekse und eine Flasche Wasser. Das habe ihn aber nicht beunruhigt, meint Saidou. «Mein einziges Ziel war es, nach Europa

zu kommen, um meiner Mutter ein besseres Leben zu ermöglichen.» Der schwierigste Moment kam 30 Kilometer vor der Küste. «Uns ging der Treibstoff aus. Wir trieben bis zum Morgen, als wir in der Ferne ein Boot sahen. Wir versuchten, sie zu rufen, aber ohne Erfolg. Am Ende alarmierten sie aber die Seenotretter, die uns auf die Insel El Hierro brachten.»

DAS SAGT DIE CHEFIN

Vom obersten Stock des Turms der Capitanía Marítima, der Seefahrtsbehörde, kann man den gesamten Hafen von Santa Cruz de Tenerife überblicken. Wie auf der Brücke eines Schiffes entrollt Dolores Septién Terreros die Seekarte auf ihrem Tisch. Sie leitet das örtliche maritime Rettungszentrum.

«Hier!» sagt sie und zeigt auf eine Stelle südlich der Insel El Hierro. «Wenn ein Boot den 18. Meridian westwärts überquert, sind wir sicher, dass es im Ozean verloren geht und wir eingreifen müssen.» Terreros' Zentrum koordiniert die Einsätze im gesamten östlichen Sektor der Kanarischen Inseln. Und Rettungseinsätze gibt es zahlreiche. «Wir müssen alle Menschen in Gefahr retten, unabhängig von ihrer Nationalität oder rechtlichen Stellung», sagt Terreros. Die Forderungen der Gewerkschaft kennt die Chefin, entscheiden könne sie in dieser Sache aber nicht. Doch sie betont, dass das Radar-Überwachungsgebiet riesig sei: «Die beiden Zentren auf den Kanaren sind für eine Million Quadratmeter Meer verantwortlich. Das entspricht rund zwei Dritteln der gesamten Fläche, für die der spanische Staat zuständig ist.» Kommt hinzu: Terreros Behörde ist auch noch für Sicherheitskontrollen im maritimen Verkehr zuständig. Und für die Bekämpfung der Meeresverschmutzung.

MEHR PERSONAL – UND HERZ

Hinter dem Seebahnhof von Santa Cruz de Tenerife ragt ein gigantisches Kreuzfahrtschiff empor. Cristian Castaño macht gerade Pause, bevor er zu seiner Arbeit auf einem Schiff des Salvamento Marítimo zurückkehrt. Er ist auch Leiter des Handelsschiff-fahrtssektors der Gewerkschaft CCOO. Und sagt: «Es gibt eine Reihe von Beschäftigten, die sich um Migrantinnen und Migranten kümmern. Aber an vorderster Front stehen die Mitarbeitenden des Salvamento Marítimo.» Für einzelne Rettungseinsätze reichen die Ressourcen schon. Doch angesichts der Häufung der Ankünfte seien die Kapazitäten viel zu gering. Für Castaño ist klar: «Wir sind nicht ausreichend vorbereitet. Inzwischen ist der Mangel strukturell geworden.» Hinzu komme die tägliche Belastung: «Die Menschen kommen in grossen Gruppen und haben keine Möglichkeit, sich zu schützen. Viele können nicht schwimmen. Wir sehen Dinge, auf die man emotional vorbereitet sein muss.» Die frühe Nachmittagssonne ist heiss, aber Seenotretter Castaño bekommt Gänsehaut, als er erzählt: «Wenn das jeden Tag dein Job ist, wenn du es ständig erlebst, leiden sowohl dein Herz als auch dein Körper. Darauf wird man in der Seefahrtsschule nicht vorbereitet.» Das müsse sich ändern. Und noch etwas ist für ihn klar: «Es könnten auch wir Europäer sein, die über das Meer flüchten müssen. Die, die jetzt kommen, könnten unsere Kinder sein – wir müssen sie willkommen heissen.»

** Dario Antonelli und Giacomo Sini sind freie Journalisten in Livorno. Sini ist zudem als Fotograf mit Schwerpunkt Fluchtrouten tätig.

* Name geändert

Gewinnerfilm von den Solothurner Filmtagen: «Qui vit encore»

Film ohne Bilder für die Verstummten von Gaza

Eine leere Bühne steht im Zentrum des Gewinnerfilms der Solothurner Filmtage: «Qui vit encore» von Nicolas Wadimoff (61). Neun Überlebende des Krieges in Gaza berichten darauf über ihren Verlust und ihre Trauer.

IWAN SCHAUWECKER

Wer noch lebt... wer noch fühlt... wer noch atmen kann: eine schwarze Bühne, die Umrisse von Gaza, neun weisse Quadrate, neun Menschen. Das ist das schlichte Setting, in dem der Genfer Regisseur Nicolas Wadimoff die Protagonistinnen und Protagonisten seines neuen Films «Qui vit encore» auftreten lässt. Auf der Bühne eines leergeräumten Theaters in Südafrika erwachen ihre Erinnerungen und ihr Schmerz. Sie verbinden ihn über Sprache und Musik mit dem Publikum. Die neun Menschen stehen auf der Landkarte in einem Quadrat, dort, wo früher ihr Haus, ihr Garten, die Lieblingsstrasse, das Museum oder die Strandpromenade war. Jetzt sind es Tatorte, weisse Konturen markieren Verbrechen.

AUSGELOESCHTE HEIMATEN

Ob im Norden in Gaza Stadt, am Meer im Flüchtlingslager Nuseirat oder am Grenzübergang in Rafah: es war ihre Heimat, die jetzt nicht mehr ist. Die Ärztin Eman Shannan im Film: «Gaza ist nicht mehr da.» Vor der kompletten Abriegelung der Grenze im Mai 2024 konnten sie und die anderen Menschen, die im Film eine Stimme erhalten, aus Gaza nach Ägypten fliehen. Im Vergleich zu den Zurückgebliebenen hatten sie Glück. Aber auch sie tragen das Trauma des Krieges in sich, fühlen sich wie Roboter ohne Seele. Wadimoff sagt nach der Premiere des

Die leere Bühne bietet Raum zum Mitfühlen.

Films in Zürich: «Sie haben gesehen, was Menschen niemals sehen sollten.» Die Erfahrungen von Verlust, die kaum auszuhalten und zu beschreiben sind, werden im Film in Gesichtern und Atemzügen sichtbar. Mütter, Väter, Brüder, Schwestern, Cousins unter



VOM TRAUMA DES KRIEGES: Haneen Harara ist eine der Protagonistinnen, die im Film «Qui vit encore» aus ihrem Leben in Gaza erzählen. FOTO: ZVG

Schutt, das Haus, das Museum, der Garten plattgemacht, niedergebrannt.

«Qui vit encore» schafft, was Millionen Social-Media-Videos mit Bildern des Grauens aus Gaza nicht vermögen. Die leere Bühne bietet den Raum und die Zeit zum Innehalten, Mitfühlen und Sich-Erinnern. Menschen aus Gaza sind hier nicht Nummern, Opfer oder Terroristen, sie sind in erster Linie Menschen. Die Journalistin Haneen Harara, ebenfalls Protagonistin des Films, sagt: «Wir geben den Verstummten in Gaza eine Stimme.» Wer noch lebt, ist menschlich, ist keine Nummer. Wadimoff sagt: «Ich wollte mit dem Film die Menschen aus Gaza wieder zu Menschen machen, aber auch uns, die mit diesem Krieg und mit dem Zuschauen einen Teil unserer Menschlichkeit verloren haben.»

KEIN VISUM FÜR DIE SCHWEIZ

Seinen Film wollte Wadimoff ursprünglich in Genf drehen. Die Hotels und die Flugtickets für die Protagonistinnen und Protagonisten aus Gaza waren be-

reits reserviert. Für das Künstlervisum wurden sie auf die Schweizer Botschaft in Kairo bestellt. Doch statt des Visums gab es für alle eine Absage. Das Risiko einer Flucht erachteten die Schweizer Behörden im Sommer 2024 als zu gross. Schliesslich drehte Wadimoff den Film in Südafrika, einem der wenigen Länder, für das Menschen aus Gaza kein Visum brauchen.

Die Jury der Solothurner Filmtage schreibt zum Gewinnerfilm: «Weitab vom Kriegsgeschehen hat der Film einen Kontext geschaffen, der zu einem besseren Verständnis der physischen Zerstörung und der Menschenopfer führt. Das stärkste Mittel, mit dem der Film arbeitet, ist das gänzliche Fehlen von Bildern.» Der Film rüttelt nicht nur auf, er ist auch ein Zeitdokument, das für den Internationalen Strafgerichtshof bei der Beweisführung gegen Staatschefs und Militärs gebraucht werden kann.

Qui vit encore läuft seit dem 5. Februar in verschiedenen Schweizer Kinos.

STRAFGERICHTSHOF CASSIS COMPLICE

25 Anwältinnen und Anwälte haben eine Anzeige gegen Bundesrat Ignazio Cassis am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eingereicht. Sie werfen dem Schweizer Aussenminister Beihilfe zu Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor. Begründet werden die Vorwürfe damit, dass die Schweiz weiterhin militärisch nutzbare Güter nach Israel exportiere, dass die militärische Zusammenarbeit nicht beendet worden sei und dass die Schweiz zu wenig unternommen habe, um den Genozid in Gaza zu stoppen.

EHEMALIGE KADER. Die wichtigsten Akteure der militärischen Zusammenarbeit sind Schweizer Unternehmen wie Ruag, Alpes Lasers und Elbit Systems Switzerland, eine Tochtergesellschaft des israelischen Waffenherstellers Elbit Systems. Unterstützt wird die Anklage von der Vereinigung Stop Complicity, bei der auch Filmregisseur Jacob Berger («Ein Jude als Exempel») und einzelne ehemalige Kadermitarbeitende des Aussendepartements (EDA) beteiligt sind. Der Internationale Strafgerichtshof hatte im November 2024 Haftbefehle gegen den israelischen Premier Netanjahu, Ex-Verteidigungsminister Galant und den Hamas-Anführer Deif wegen mutmasslicher Kriegsverbrechen erlassen

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Peter Bodenmann



Katastrophen II: Kommt jetzt die obligatorische Gebäude- und Erdbebenversicherung?

Nach der Brandkatastrophe in Crans-Montana hirn ein paar Alpen-Sozis aus Gustavo-Kantonen an einem oder mehreren Initiativprojekten rum.

Ich habe noch auf keine work-Kolumne so viele Reaktionen erhalten wie auf meine letzte! Ich ging darin auf eine der Hauptursachen für die Katastrophe von Crans-Montana ein: der ungenügende Brandschutz in der Bar Le Constellation und die nicht regelmässig durchgeführten Kontrollen der Gemeinde. Beides ist auch der Tatsache zu verdanken, dass das Wallis zu den acht Gustavo-Kantonen gehört (Genf, Uri, Schwyz, Tessin, Appenzell Innerrhoden, Wallis, Obwalden), die über keine staatliche Gebäudeversicherung verfügen. Die Folgen: Die Prämien sind dort doppelt so hoch. Und die Versicherungen machen nichts für Kontrollen und Prävention.

Unter anderem meldete sich auch die ehemalige SP-Co-Generalsekretärin und Co-Koordinatorin der Alpen-Sozis, Rebekka Wyler, bei mir. Alle Gustavo-Kantone – mit Ausnahme von Genf – liegen in unseren Alpen. Seit dem 1. Februar ist Wyler auch Generalsekretärin des VPOD. Gratulation! Umso mehr, als die Einführung von obligatorischen, staatlichen Gebäudeversicherungen mit Service public zu tun hat.

Jetzt überlegen wir uns, in allen Gustavo-Kantonen solche Initiativprojekte anzuschieben. Nach Redaktions-



ZUM BEISPIEL BLATTEN VS: Hier werden Millionen der Glückskette verflocht, obwohl es viel bessere Lösungen gäbe. FOTO: KEYSTONE

schluss dieser work-Ausgabe wird eine erste Sitzung stattfinden. Wir bekommen von vielen Seiten Inputs. Unter anderem von R. S., der zurzeit in den Bergferien in Zuoz weilt: Aus seiner Sicht würde man besser eine eidgenössische Initiative starten, weil im Wallis sowieso alles versumpfen würde.

Das will überlegt sein, aber eine nationale Initiative müsste national allen etwas bringen. Auch jenen, die in den 18 Kantonen mit einer obligatorischen Gebäudeversicherung leben. Mögliche Stossrichtungen:

- Um zu verhindern, dass die Gelder der Glückskette weiterhin missbraucht werden, um fehlenden oder ungenügenden Versicherungsschutz zu kompensieren, müssen alle Kantone zwei Jahre nach der Annahme

dieser Initiative eine kantonale Gebäudeversicherung eingerichtet haben.

- Alle Kantone müssen neu eine obligatorische Erdbebenversicherung einführen. Der Bund gewährt, wenn die Erde bebt, dreissigjährige Darlehen, die von den betroffenen Kantonen – und nur von ihnen – zurückzahlen sind.
- Alle Mieten werden nach den durchschnittlich erzielten Ersparnissen der Eigentümer gesenkt.

VIELE FRAGEN. In der Kürze liegt bei Initiativen oft die Würze. Und viele scheitern auch, weil sich die Initiantinnen und Initianten beim Start zu wenig überlegen. Nur eine breite Diskussion und ein sorgfältiger Text, der auch rechtlich wasserdicht ist,

können dies verhindern. Steigen wir also ein in eine Welt, die den meisten von uns noch nicht so vertraut ist. Dies mit ersten Fragen und ersten Antworten.

Warum sind private Versicherungen doppelt so teuer wie staatliche?

Ganz einfach, weil die Manager und ihre Generalagenten zu viel verdienen. Und weil die Aktionäre immer höhere Dividenden verlangen.

Wie teuer sind Erdbebenversicherungen?

Das hängt je nach Kanton von den Risiken ab. Am höchsten sind sie im Wallis und in der Region Basel. Am billigsten in Kantonen wie St. Gallen.

Warum machen wir keine solidarische, obligatorische Erdbebenversicherung für die ganze Schweiz?

Schlicht und einfach, weil eine solidarische Erdbebenversicherung letzten Dezember im Ständerat gescheitert ist. Man frönte dem Kantönligeist. Die hier angedachte Lösung mit dem Bund als Rückversicherer führt zu einer Halbierung der Prämien im Vergleich zu heute. In allen Kantonen. Aber sie führte nicht zur Solidarität unter den Kantonen. Denn wer zu viel verlangt, bekommt am Ende gar nichts.

Ist es sinnvoll, Gelder der Glückskette nach einem Bergsturz zur Entschädigung von nicht versicherten Hausbesitzerinnen zu verwenden?

So wie das in Blatten VS geschieht, nachdem es dort im letzten Mai zu einem Bergsturz gekommen ist. Im Lötschentaler Dorf müssen sie nun 160 000 Quadratmeter Boden auszonieren, weil die in der Gefahrenzone liegen. Alle Bodenbesitzer bekommen 130 Franken Entschädigung pro Quadratmeter. Davon kommen 15 Millionen von der Glückskette. Das ist wenig sinnvoll, denn die Gemeinde könnte auch eine Baulandumlegung machen. Dies gestützt auf die bestehende Gesetzgebung. Und ohne dass die Glückskette nur einen Franken verloren würde. Gefahrenzonen auszonieren, neue Flächen einzonieren und verdichtet bauen. Das ist nun wirklich keine Raketenwissenschaft! Nur hat diesen Skandal bisher noch kein Medium aufgedeckt, weil alles versteckt hinter einer Nebelwand der falsch verstandenen Betroffenheit abgewickelt wird.

Wie fast überall lohnt sich ein Blick über die Grenze: Im deutschen Ahrtal verhinderten die privaten Versicherungen nach einer Flutkatastrophe von 2021 erfolgreich, dass eine obligatorische staatliche Gebäudeversicherung auch nur in Betracht gezogen wurde. Der Unterschied: Deutschland kennt keine direkte Demokratie.

Politik ist in guten Momenten das Verfertigen von Ideen im öffentlichen Raum. Freue mich über Lob und vorab Kritik. Wir müssen dem militarisierten amerikanischen Staatskapitalismus etwas effizienten Schweizer Staatssozialismus gegenüberstellen!

Jean Ziegler ist in «Trotz alledem!» kritisch und kämpferisch wie eh und je Hoffnung als Widerstand

Mit «Trotz alledem!» legt der Soziologe und work-Kolumnist Jean Ziegler auch mit über 90 Jahren kein versöhnliches Altersbuch vor, sondern eine kämpferische Anklage und ein unbeirrtes «Ändere die Welt! Sie braucht es».

CLEMENS STUDER

Das neuste auf deutsch erschienene Buch von Ziegler bündelt Motive aus fast drei Jahrzehnten publizistischer Arbeit und ist getragen von Zieglers zentraler Haltung: Eine andere, eine bessere Welt ist möglich. In diesem Sinn trifft der französische Originaltitel «Où est l'espoir?» Ton und Haltung des Buches präziser als das deutsche «Trotz alledem!». Denn

Es geht um den Skandal des Hungers in einer Welt des Überflusses.

Ziegler behauptet Hoffnung nicht trotzig oder beschwörend. Er sucht sie glaubend, tastend, insistierend und widerständig.

Der Ausgangspunkt ist altbekannt, aber nicht abgenutzt: der Skandal des Hungers in einer Welt des Überflusses. Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu lebenswichtigen Gütern, obwohl diese vorhanden wären. Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind unter zehn Jahren an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. Das ist keine Naturkatastrophe, sondern ein Verbrechen namens «kannibalische Weltordnung», einer globalen Wirtschafts- und Machtstruktur, die Profit über Menschenleben stellt.

DIE APOKALYPTISCHEN REITER

Das Buch lebt von der Verbindung aus Fakten, biografischer Erfahrung und politischer Anklage. Seine Reisen, insbesondere nach Afrika und Lateinamerika, seine Arbeit als Sonderberichterstatter der Uno für das Recht auf Nahrung, seine Besuche in Gaza oder in europäischen Flüchtlingslagern bilden das Erfahrungsfundament. Ziegler weiss, wovon er spricht. Er hat gesehen, was er beschreibt: Es ist die strukturelle Gewalt des Kapitals, die Hunger, Krieg und Vertreibung produziert. Die «vier apokalyptischen Reiter» Hunger, Durst, Epidemien und Krieg sind für Ziegler keine Naturgewalten, sondern politisch erzeugte Zustände, die auch politisch bekämpft werden können.

Hier zitiert Ziegler zustimmend den französischen Soziologen Pierre Bourdieu, der den Neoliberalismus als eine «Eroberungswaffe» beschrieben hat, als Ideologie eines ökonomi-



EINE BESSERE WELT IST MÖGLICH: Autor Jean Ziegler gibt die Hoffnung dank Gewerkschaften, Klimajugend und Menschenrechtsinitiativen nicht auf. FOTO: KEYSTONE

schen Fatalismus, gegen den jeder Widerstand zwecklos erscheinen soll. Ziegler führt diesen Gedanken weiter, wenn er schreibt: «Indem die Diktatur des Kapitals sich hinter blinden und anonymen Marktgesetzen versteckt, zwingt sie uns die Vision einer geschlossenen und unbeweglichen Welt auf. Sie verweigert sich jeder menschlichen Initiative, jeder historischen Aktion, die aus der subversiven Tradition des noch nicht Existierenden, nicht Abgeschlossenen, kurz: der Utopie, erwächst.» Mit anderen Worten: Was diese Diktatur blockiert, ist nichts weniger als die Vorstellung einer möglichen besseren Zukunft an sich.

DETAILLIERT UND SCHONUNGSLOS

Besonders scharf fällt Zieglers Analyse dort aus, wo er die Ohnmacht der Vereinten Nationen thematisiert. Ob Ukraine oder Gaza: Die Uno erweist sich gegenwärtig als unfähig, die Prinzipien ihrer eigenen Charta durchzusetzen. Der Einsatz von Hunger als Waffe, die systematische Verletzung des humanitären Völkerrechts, die Straffreiheit der Täter – all das beschreibt Ziegler detailliert und schonungslos. Und doch hält

er am Multilateralismus fest. Nicht aus Naivität, sondern aus Notwendigkeit. Eine funktionierende normative internationale Ordnung ist für ihn keine Option unter vielen, sondern eine Überlebensfrage.

Im Zentrum des Buches steht deshalb nicht nur die Kritik des Bestehenden, sondern die Frage nach den Trägerinnen und Trägern der Hoffnung. Ziegler findet sie in Gewerkschaften, Kleinbauernvereinigungen, Menschenrechtsinitiativen, in der Klimajugendbewegung. «C'est ici que réside l'espoir.» Trotz alledem!



Jean Ziegler: **Trotz alledem!**, Bertelsmann-Verlag, 208 Seiten, ca. 28 Franken.

work1x1 der wirtschaft

Noémie Zurlinden



VON GLEICHSTELLUNG KEINE SPUR: UND DIE FRAUEN BEZAHLEN DIE ZECH

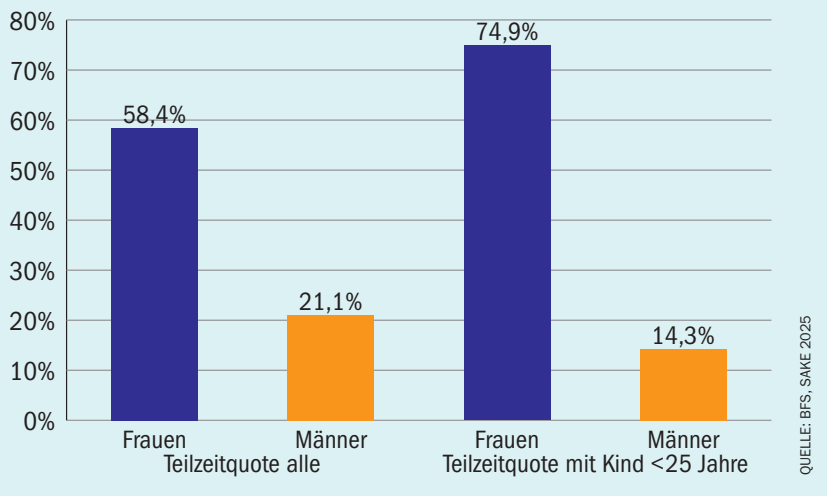
Noch immer arbeiten fast 60 Prozent der Frauen Teilzeit – und nur 20 Prozent der Männer. Bei Eltern ist der Unterschied noch grösser: 75 Prozent der Mütter mit Kindern jünger als 25 Jahre arbeiten Teilzeit. Bei den Vätern sind es bloss 14 Prozent. Frauen geben dreimal häufiger als Männer Kinderbetreuung oder andere familiäre oder persönliche Verpflichtungen als Gründe für ihr Teilzeitpensum an. Frauen wenden 61 Prozent ihrer totalen Arbeitszeit für unbezahlte Haus- und Familienarbeit (Care-Arbeit) auf – Männer bloss 42 Prozent. Die unbezahlte Care-Arbeit und die bezahlte Erwerbsarbeit sind also immer noch sehr ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt – auf Kosten der Frauen. Denn Teilzeitarbeit wirkt sich negativ auf Lohn, Karriere und Renten aus.

KITA-KOSTEN. Die Schweiz gehört zu den Ländern mit den höchsten Kos-

ten für familienergänzende Kinderbetreuung. Zudem ist das Angebot an Betreuungsplätzen in vielen Regionen ungenügend. Deshalb reduzieren viele Frauen ihr Arbeitspensum, um sich um die Kinder zu kümmern. Die familienergänzende Kinderbetreuung muss fundamental gestärkt werden, wie dies zum Beispiel die Kita-Initiative der SP beabsichtigt, über die bald abgestimmt werden könnte. Damit würden auch die schlechten Arbeitsbedingungen in den Kitas verbessert werden. Zudem braucht es eine richtige Elternzeit, damit die Care-Arbeit von Anfang an gerechter zwischen den Eltern aufgeteilt werden kann.

Der lange Vollzeitstandard von 42 Stunden macht es unmöglich, Kinderbetreuung, Hausarbeit und Vollzeitpensum unter einen Hut zu bringen. Dies führt dazu, dass vor allem Frauen ihr Erwerbsarbeitspen-

Anteil Teilzeiterwerbstätige 2024



sum reduzieren. Es braucht eine Verkürzung der bezahlten Arbeitszeit, um unbezahlte Care-Arbeit und Erwerbsarbeit besser vereinen und

zwischen den Geschlechtern aufteilen zu können.

Noémie Zurlinden ist Ökonomin bei der Unia.

«Wo-wo-Wohnungsnot» FDP will SRF-Dok zensieren

Ein SRF-Dok über die Wohnungsnot bringt die Zürcher FDP zum Schäumen. Es handle sich um eine einseitige «Klassenkampf-Repo», die sofort gelöscht gehöre. Auch Balz Halter sieht sich als Opfer. Er ist Eigentümer des Immo-Imperiums Halter und einer der Protagonisten im Film. Dort verteidigt er die Verdrängung von Mietenden zwecks der Profitmaximierung auf ehrlich überhebliche Art. Was er jetzt offenbar bereut. Zumindest hat sich der Millionenerbe gerächt – mit einer Spende von 100 000 Franken an die «Halbierungsinitiative». Kritikwürdig ist die Doku durchaus. Weil sie einige der billigsten rechten Narrativen und Ablenkungsmanöver reproduziert. Etwa das des «linken Filzes», der sich vergünstigte Wohnungen zuschanzt. Oder dass Zuwanderer angeblich die Wohnkrise mitverschulden.

«Wo-wo-Wohnungsnot» – Das Zürcher Monopoly», von Karin Bauer, 2026, 51 Minuten. Online unter rebrand.ly/wo-wo-wohnungsnot

«Silent Rebellion» Gegen ein ganzes Dorf

Nachdem die 15jährige Emma ihrer Familie offenbart, dass sie vergewaltigt worden und schwanger sei, soll sie zwangsverheiratet werden. Es ist das Jahr 1943 irgendwo im Welschland. Doch statt den Willen der Dorfgemeinschaft zu akzeptieren



SEHENSWERT: «Silent Rebellion».

und zu schweigen, entscheidet sich das Mädchen zur Flucht in die Stadt. Und für ein selbstbestimmtes Leben mit ihrem Kind. Darum geht's im neuen Schweizer Kinofilm «Silent Rebellion». Aber nicht nur. Denn im Jura erlebt Emma auch das schambehaftete Schweigen über verschiedene Arten von Unrecht. Etwa wie jüdische Flüchtlinge an der Grenze zurückgewiesen werden.

«Silent Rebellion» (frz. Original: «À bras-le-corps»), von Marie-Elsa Sgualdo, Schweiz 2025, 98 Minuten

Gewerkschaftstalk Wer wird Stapi in Winti?

Vor 14 Jahren eroberte die CVP das Winterthurer Stadtpräsidium. Jetzt wollen die Sozialdemokraten zurück an die Macht. Schliesslich hat man in der Búezerstadt auch eine knappe linke Parlamentsmehrheit. Stapi-Favorit ist Finanzvorsteher Kaspar Bopp. Zwei weitere SPLer und eine Grüne wollen ihre Exekutivsitze verteidigen. Erstmals seit Jahrzehnten strebt auch die Partei der Arbeit wieder in die Lokalregierung – etwa mit Unia-Aktivist Noah Ziegler. Doch was wollen die linken Stadtratskandidierenden tun für Wintis Lohnabhängige? Diese Frage stellt der Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich auf einem Podium, das dessen neue Geschäftsleiterin Lea Trogrlić moderiert.

GBK-Gewerkschaftstalk, 18. Februar, 18.30 Uhr, Alte Kaserne, Technikumstrasse 8, Winterthur. Link: gbk.ch



Das offene Ohr

Sarah Haider
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Ferienkürzung nach längerer Krankheit: Ist das erlaubt?

Ich war letztes Jahr krank und deshalb während zweieinhalb Monaten arbeitsunfähig. Nach meiner Rückkehr an den Arbeitsplatz teilte mir die Firma mit, dass mein jährlicher Ferienanspruch, der 20 Tage beträgt, anteilmässig gekürzt werde. Darf sie das?

SARAH HAIDER: Ja. Nach schweizerischem Recht hat ein Arbeitnehmer Anspruch auf eine bestimmte Anzahl Ferientage pro Jahr. Bei längerer Arbeitsunfähigkeit kann der Ferienanspruch jedoch gekürzt werden, wobei besondere Regeln gelten. Es besteht eine Karenzfrist von einem Monat, bevor eine Kürzung des Ferienanspruchs zulässig ist. Das bedeutet: Wenn Sie innerhalb eines Dienstjahres nicht mehr als einen Monat krank geschrieben sind, darf die Firma die Ferien nicht kürzen. Ab dem zweiten Monat darf der Arbeitgeber jedoch eine Kürzung vornehmen, wie es



LANGER AUSFALL NACH UNFALL: In diesem Fall darf die Arbeitgeberin Ihre Ferientage kürzen. FOTO: ISTOCK

bei Ihnen der Fall war. Nach Ablauf der Karenzfrist kann der Arbeitgeber den Ferienanspruch für jeden vollen Monat um ¼² des jährlichen Ferienanspruchs kürzen. Dabei werden alle unverschuldeten Abwesenheiten innerhalb desselben Dienstjahres kumuliert. Mit jedem neuen Dienstjahr beginnt die Zählung der Abwesenheitstage sowie der Karenzfrist von neuem. Da Sie zweieinhalb Monate krank geschrieben waren, darf Ihr Arbeitgeber Ihnen nach Abzug der Karenzfrist von einem Monat für den vollen zweiten Monat der Abwesenheit eine Kürzung von 1,67 Ferientagen von Ihrem jährlichen Ferienguthaben von 20 Tagen abziehen.

Privatauto für Kundenbesuche: Wer bezahlt?

Für meine Firma besuche ich regelmässig unsere Kundschaft. Da ich nur Fahrzeuge mit Automatikgetriebe fahre und die zur Verfügung stehenden Firmenfahrzeuge meinen Bedürfnissen nicht entsprechen, nehme ich für diese Fahrten mein privates Fahrzeug. Meine Arbeitgeberin hatte dem zuvor zugestimmt. Kürzlich verweigerte sie jedoch die Rückerstattung der entstandenen Kosten. Ist das erlaubt?

SARAH HAIDER: Nein. Nach schweizerischem Recht ist diese Verweigerung der Kostenrückerstattung unbegründet. Gemäss Artikel 327 a des Obligationenrechts ist die Arbeitgeberin verpflichtet, alle für die Ausführung der Arbeit notwendigen Auslagen zu ersetzen. Art. 327 b regelt ausdrücklich, dass der Arbeitnehmer im Einverständnis mit dem Arbeitgeber bei Verwendung seines privaten Fahrzeugs für berufliche Zwecke Anspruch auf eine Beteiligung an den Fixkosten sowie an den Betriebs- und Unterhaltskosten hat. Jede Klausel oder Vereinbarung, mit der ein Arbeitnehmer auf diesen Anspruch verzichten soll, ist nichtig und unverbindlich. In Ihrem Fall stehen die Fahrten klar in direktem Zusammenhang mit Ihrem Job, und die Nutzung des privaten Fahrzeugs erfolgte im Einverständnis mit der Firma. Sie haben daher uneingeschränkt Anspruch auf die Rückerstattung Ihrer Berufsauslagen. Es empfiehlt sich, dass der Arbeitgeber ein klares Reglement zur Kilometerentschädigung festlegt, zum Beispiel auf die Ansätze des TCS gestützt, um Transparenz und Einheitlichkeit sicherzustellen.

Sie verstehen nur Bahnhof? Nach diesem Artikel kapieren wir, was uns der

Und jährlich grüssen diese

Der Vorsorgeausweis enthält wichtige Infos zur Altersrente – er ist aber auch kompliziert und enthält Fachbegriffe, die sich einem nicht sofort erschliessen. work erklärt, welche Informationen Sie auf dem Ausweis finden.

MARIA KÜNZLI

Er flattert jedes Jahr in den Briefkasten – und wandert meistens ungelesen in eine Schublade oder ins Altpapier. Stimmt's? Der Vorsorge- oder Pensionskassenausweis ist ein kompliziertes Sammelurium an Begriffen und Zahlen. Was die Sache nicht gerade einfacher macht: Wie der Ausweis aussieht und welche Daten er preisgibt, ist von Pensionskasse zu Pensionskasse verschieden. Ein paar gemeinsame Nenner gibt es aber:

EIN MUSS. Eine Gemeinsamkeit ist, dass ihn alle bekommen. Denn die Pensionskassen sind gesetzlich dazu verpflichtet, ihren Versicherten einmal pro Jahr einen Vorsorgeausweis zu senden. Dieser muss zwingend enthalten: Informationen zu den Leistungsansprüchen, zum versicherten Lohn, zum Beitragssatz, zum Altersguthaben sowie zu Organisation und Finanzierung. Es kann sein, dass Ihr Vorsorgeausweis nur diese obligatorischen Daten enthält. Manche Kassen teilen ihren Kundinnen und Kunden noch etwas mehr mit, zum Beispiel können sie Angaben dazu machen, wie sich eine frühzeitige Pension auf die Rente auswirken würde.

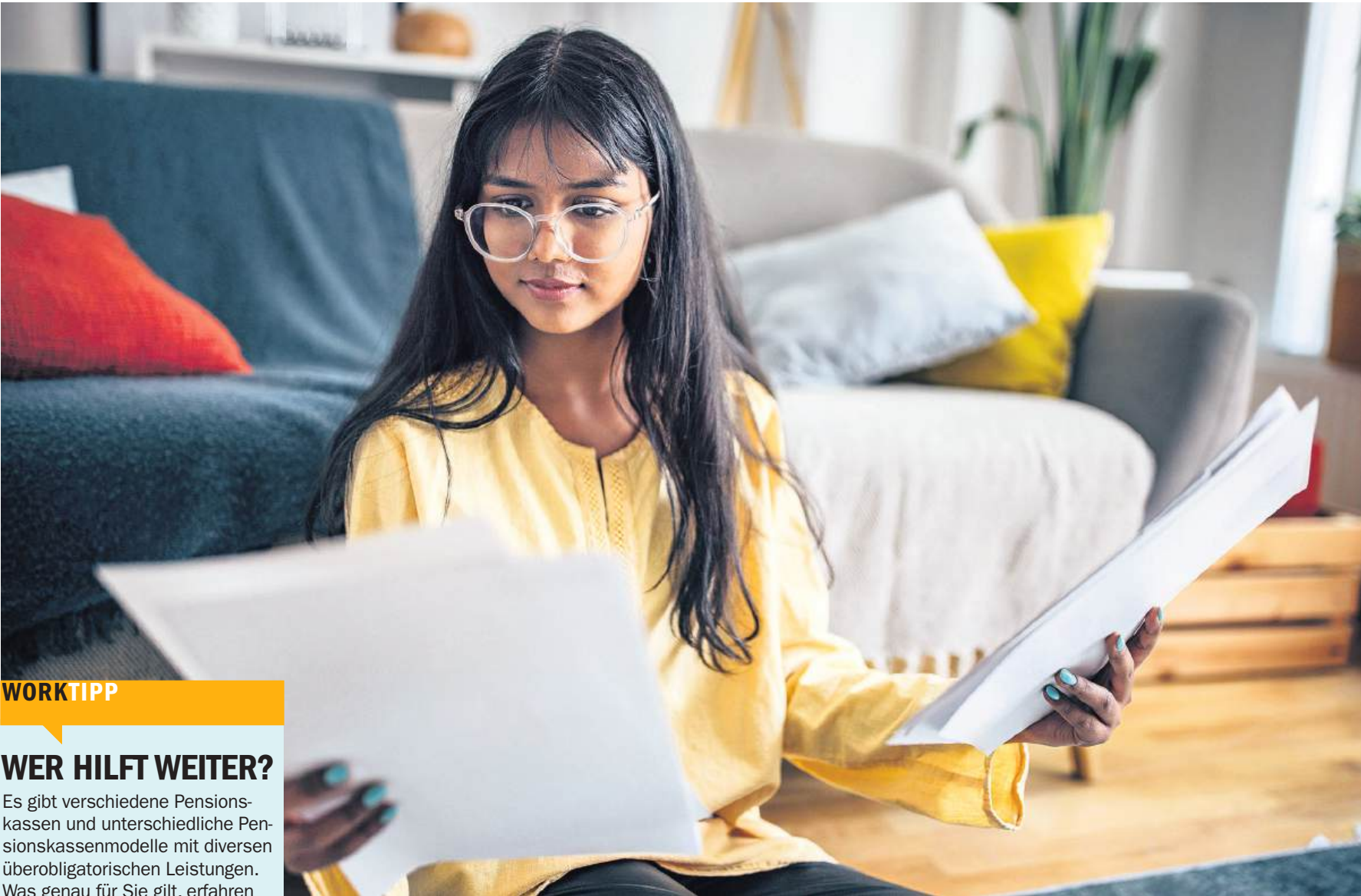
PERSONALIEN. Wer ist versichert? Zuerst einmal muss das Dokument neben den Personalien wie Namen, Geburtsdatum und Zivilstand auch die AHV-, die Versichertennummer und das Datum des Eintritts in die Pensionskasse enthalten. Dieses Datum muss mit dem Zeitpunkt des Arbeitsbeginns bei Ihrer gegenwärtigen Arbeitgeberin übereinstimmen. Zum Zivilstand: Manche Pensions-

kassen ermöglichen es Paaren, die im Konkubinat leben, die Partnerin oder den Partner zu melden, damit diese im Todesfall Leistungen beanspruchen können – auch ohne Trauschein. Es kann sein, dass bestimmte Bedingungen dafür erfüllt sein müssen wie zum Beispiel ein gemeinsames Kind oder eine Mindestanzahl an Jahren in der gemeinsamen Wohnung. Diese Bedingungen müssen im Reglement der Pensionskasse festgehalten sein.

LOHN. In Bezug auf den Lohn werden neben dem Beschäftigungsgrad der von Ihrem Arbeitgeber gemeldete Jahresbruttolohn und der versicherte Lohn aufgeführt. Denn: Es wird nicht der gesamte Lohn obligatorisch versichert. Was wegfällt, ist der sogenannte Koordinationsabzug. Bei Pensionierung, Invalidität oder Tod werden die Vorsorgeleistungen ausgehend vom versicherten Lohn berechnet.

(ÜBER)OBLIGATORISCH. Wenn Sie Ihren Vorsorgeausweis studieren, werden Sie wahrscheinlich über zwei Begriffe stolpern: obligatorisch und überobligatorisch. Obligatorisch werden die Mindestbeiträge genannt. Das Gesetz legt die Leistungen fest, die jede Pensionskasse mindestens erfüllen muss. Obligatorisch versichert sind die Löhne zwischen der Eintrittsschwelle und dem oberen Grenzbetrag, zurzeit zwischen 22 680 und 90 720 Franken pro Jahr. Gehen die Leistungen der Vorsorgeeinrichtung darüber hinaus, werden sie überobligatorisch genannt.

ALTERSGUTHABEN. In jedem Vorsorgeausweis gibt es einen Abschnitt zum Altersguthaben. Hier erfahren Sie, wie viel Sie bisher angespart haben – und wie viel es etwa sein wird, wenn sie pensioniert werden. Das ausgewiesene Altersguthaben entspricht dem Stand am Ausstellungsdatum des Vorsorgeausweises. Es setzt sich aus den von Ihnen und Ihrem Arbeitgeber einbezahlten Sparbeiträgen sowie den gutgeschrieben Zinsen zusammen. Das sogenannte projizierte oder hochgerechnete Altersguthaben ist eine Schätzung und basiert auf dem aktuellen Stand: Es zeigt auf, wie viel Ihnen zusteht, wenn Sie bis



WORKTIPP

WER HilFT WEITER?

Es gibt verschiedene Pensionskassen und unterschiedliche Pensionskassenmodelle mit diversen überobligatorischen Leistungen. Was genau für Sie gilt, erfahren Sie in Ihrem Vorsorgeausweis und im Pensionskassenreglement. Ist Ihnen etwas unklar, zögern Sie nicht, Ihre Vorsorgestiftung zu kontaktieren! Sie ist verpflichtet, Ihnen vollumfänglich Auskunft zu geben. Vielleicht hilft Ihnen auch das Glossar des Bundesamtes für Sozialversicherungen weiter, wenn Sie einzelne Begriffe nachschlagen möchten: rebrand.ly/bvg-glossar. (mk)

zur ordentlichen Pensionierung den gleichen Lohn erhalten wie jetzt. Je nach Pensionskasse wird dieses projizierte Altersguthaben mit oder ohne Verzinsung genannt. Der verwendete Projektionszinssatz ist eine Annahme. Für die Berechnung der späteren Altersrente ist der Umwandlungssatz entscheidend, der sich bis zum Pensionierungszeitpunkt ebenfalls noch

ändern kann. Er bestimmt, vereinfacht gesagt, wie das angesparte Altersguthaben in eine lebenslange Altersrente umgerechnet wird. Sie erfahren an dieser Stelle auch, wie sich das voraussichtliche Kapital bei einer vorzeitigen Pensionierung verhält. Je weiter Sie aber vom Pensionsalter entfernt sind, desto weniger sollten Sie diese Schätzung für bare Münze nehmen – im wahrsten Sinn des Wortes.

TOD ODER INVALIDITÄT. Die Pensionskasse erbringt auch Leistungen, falls die versicherte Person stirbt oder durch Unfall oder Krankheit invalid wird. Die Höhe dieser Beiträge wird im Vorsorgeausweis ebenfalls ausgewiesen. Beim Tod

Vorsorgeausweis eigentlich sagen will

Fragezeichen

MOVENDO

KURSE ZUR PENSION

Sie möchten den Vorsorgeausweis gerne mit jemandem besprechen und mehr darüber erfahren, wie viel Ihnen im Pensionsalter zusteht? Das Weiterbildungsinstitut der Gewerkschaften, Movendo, bietet Kurse zum Thema an. Der Kurs «Rentenplanung: Welches Einkommen habe ich im Alter?» findet mehrmals pro Jahr in verschiedenen Schweizer Städten statt und richtet sich an Gewerkschaftsmitglieder sowie Interessierte. Die Teilnehmenden erfahren, wie die AHV-Rente berechnet wird, wie Ergänzungsleistungen funktionieren, wie sie sie beantragen können und wie der Vorsorgeausweis zu lesen ist. Sie nehmen den eigenen Vorsorgeausweis an den Kurs mit und lernen, welche Pensionskassenrente Sie erwarten können.

MEHR WISSEN. Wenn die Pensionierung näher rückt, warten neben finanziellen noch ganz andere Fragen: Wie kann ich den neuen Lebensabschnitt planen und gestalten? Wie schaffe ich es, nicht in ein Loch zu fallen? Der Kurs «Vorbereitung auf die Pensionierung» richtet sich an Menschen, die zwei bis fünf Jahre vor der Pensionierung stehen. Darin lernen die Teilnehmenden, wie sie die neue Phase als Chance sehen und wie sie den Abschnitt planen können. Auch Erwartungen und Ängste werden besprochen. (mk)

Infos und Anmeldung: www.movendo.ch

work hilft Ihnen, die kompliziert formulierten Angaben in Ihrem Vorsorgeausweis

erhalten die Ehefrau oder der Ehemann sowie die Kinder eine Rente.

Das Altersguthaben zeigt auf, wie viel Geld Ihnen zustehen wird.

Gleichgeschlechtliche eingetragene Partnerinnen und Partner sind den verheirateten Paaren gleichgestellt. Stirbt eine Person, die bereits eine Altersrente bezieht, hat die Ehepartnerin oder der Ehepartner das Recht auf 60 Prozent der Altersrente der verstorbenen Person.

FINANZIERUNG. Die Finanzierung zeigt auf, wer wie viel in die

Pensionskasse einzahlt. Der Abzug, den Sie leisten müssen, nämlich die Altersgutschriften, steigt mit zunehmendem Alter. Vom gesamten Betrag darf Ihnen höchstens die Hälfte belastet werden, der Rest liegt bei der Arbeitgeberin oder dem Arbeitgeber.

DIE MÖGLICHKEITEN. Auf Ihrem Vorsorgeausweis finden Sie auch einen Hinweis zum «Einkauf», also dazu, ob Sie Ihr persönliches Altersguthaben mit einer Einzahlung erhöhen können, um Vorsorgelücken zu schliessen, und wie hoch der maximale Vorbezug beim Kauf von Wohneigentum ist.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



DAS INTERNET VERBINDET: Über eine Cloud können Sie ganze Bildalben teilen. FOTO: ADOBE STOCK

Bildbearbeitung: So machen Sie Handy-Fotos besser

Zu hell, zu matt, zu unscharf: Kaum ein Handy-Foto ist auf Anhieb perfekt. Doch viele Bildfehler lassen sich einfach korrigieren. Das geht einfach und kostenlos mit dem Programm Photopea. Der Vorteil: Das Programm läuft im Browser, man muss nichts installieren. Es reicht, die Internetseite photopea.com zu öffnen.

Die wichtigsten Korrekturen finden Sie in der Menuleiste unter «Bild» > «Anpassungen».

HELLIGKEIT UND KONTRAST. Das Herbstfoto gerät wegen der starken Sonneneinstrahlung etwas hell und zu detailarm. Objekte sind nicht mehr deutlich zu erkennen. Mit den Funktionen «Kontrast» und «Helligkeit» können Sie **Viele Bildfehler lassen sich einfach korrigieren.**

FARBSTICH ENTFERNEN. Bei «Farbbalance» erscheinen drei Regler: Cyan–Rot, Magenta–Grün und Gelb–Blau. Mit mehr Cyan (blaugrün) können Sie Rotstiche korrigieren, mit mehr Magenta (bläulich rot) Grünstiche. Mit Gelb beheben Sie Blaustiche.

SÄTTIGUNG ERHÖHEN. Farben wirken oft flau, gerade bei trübem oder zu hellem Licht. Die Einstellungen unter «Dynamik» bringen mehr Farbe ins Bild. Zwei Regler erscheinen: nach rechts für mehr «Sättigung», dann wirken die Farben kräftiger. «Dynamik» holt schwach eingefärbte Bereiche gezielt hervor.

FORMAT WÄHLEN. Ist das Bild fertig bearbeitet, geht's ans Speichern. Dafür gibt es verschiedene Formate: PSD speichert das Foto für spätere Bearbeitung in hoher Qualität. JPEG reduziert die Dateigrösse und spart Speicherplatz auf dem Computer. MARC MAIR-NOACK

Onlineshops: So erkennen Sie Die Checkliste

Es gibt viele vertrauenswürdige Onlineshops – doch es gibt eben auch betrügerische Anbieter und Fakeshops. Aber wie lassen sich diese voneinander unterscheiden?

MARIA KÜNZLI

Es ist praktisch: einfach vom Sofa aus bestellen und sich ein Produkt nach Hause liefern lassen. Doch online einzukaufen ist nicht risikofrei. Fakeshops, die mit günstigen Preisen locken, aber keine Ware liefern oder ihre Kundschaft mit Gebühren abzocken, lassen sich manchmal fast nicht erkennen. Wer sicher einkaufen will, sollte auf diese Merkmale achten:

DAS IMPRESSUM. Wenn Sie einen Webshop noch nicht ken-

nen, sollte Ihr erster Blick zum Impressum wandern: Gibt es eins? Wenn nicht, Hände weg. Es sollte immer klar ersichtlich sein, wer hinter dem Angebot steckt. Ein Impressum mit Firmennamen, Rechtsform, vollständiger Adresse und Kontaktmöglichkeiten ist ein absolutes Muss.

DIE ERREICHBARKEIT. Eine Frage zu einer Retoure oder einem Produkt? Eine Reklamation? Manchmal ist es gar nicht so einfach, die Händlerinnen und Händler zu erreichen – weil kein Kontakt angegeben ist oder Kontaktversuche via Mail ins Leere laufen. Vertrauenswürdige Shops sind über mehrere Kanäle erreichbar: Neben einer Mailadresse sollte im Normalfall ein Kontaktformular vor-

die seriösen Anbieter im Internet für den sicheren Einkauf

handen sein und besser noch eine Telefonnummer.

DIE DATENSICHERHEIT. Sind meine Zahlungsdaten sicher? Da ist ein Blick in die Adresse des Browsers hilfreich: Beginnt die Adresse des Shops mit

Seriöse Händler informieren über die Rückgaberechte.

«https» und steht vor der URL ein Schlosssymbol? Dann werden die Daten sehr wahrscheinlich verschlüsselt übertragen, auch wenn es keine Garantie ist. Denn das Schlosssymbol kann gefälscht werden. Fehlt es jedoch, ist es ziemlich sicher, dass der Shop nicht seriös ist, und dann sollten Sie keine Kredit-

kartendaten oder persönliche Informationen preisgeben.

DIE RÜCKSENDUNG. Prüfen Sie vor der Bestellung die Rücksendekonditionen. Seriöse Anbieter informieren verständlich über Versandkosten, Lieferzeiten und Rückgaberechte. Sind die Bedingungen nicht klar, sehen Sie von einem Kauf ab. Wer online Waren oder Leistungen anbietet, ist zudem verpflichtet, die AGB aufzuführen. Fehlen diese oder enthalten sie viele grammatikalische Fehler, handelt es sich wahrscheinlich nicht um ein seriöses Unternehmen.

DAS GÜTESIEGEL. Führt der Internetshop ein Gütesiegel auf? Das kann eine Orientierung sein. Solche Gütesiegel sind zum Beispiel «Trusted Shops»

oder «Swiss Online Garantie». Natürlich lassen sich auch Gütesiegel fälschen. Klicken Sie auf das Gütesiegel. Werden Sie zur erwarteten Website weitergeleitet? Falls Sie weitergeleitet werden: Sind die Qualitätskriterien beschrieben, und werden Angaben dazu gemacht, wie und wie oft die Organisation überprüft wird? Falls ja, handelt es sich um eine vertrauenswürdige Organisation.

DIE ZAHLUNGSMETHODEN. Ein seriöses Unternehmen bietet mehrere Zahlungsmöglichkeiten an wie Kauf auf Rechnung, PayPal, Twint und Kreditkarte. Seien Sie vorsichtig, wenn Ihnen die Zahlungsmethoden ungewöhnlich erscheinen oder nur Vorkasse per Überweisung möglich ist.

WARNLISTEN

HELFEN SIE!

Kommt Ihnen eine Website betrügerisch vor? Melden Sie sie dem Nationalen Zentrum für Cybersicherheit (NCSC, rebrand.ly/cybersicherheit). Falls Ihre Daten für eine Bestellung missbraucht wurden oder Sie Ware bezahlt, aber nie erhalten haben, können Sie den Fall dort melden. Der K-Tipp führt eine Warnliste von unseriösen Webshops (rebrand.ly/ktipp-warnliste). Hier werden Shops aufgeführt zum Beispiel wegen Lieferung von Ramschware oder Rücksendung auf eigene Kosten nach China. (mk)

Vorsicht bei Online-Ticketshops Gegen die Abzocker

Viele Ticket-Onlineshops wenden Tricks an, um den Kundinnen und Kunden noch etwas mehr Geld abzuzwacken. Eine neue Website soll darüber aufklären.

Es ist schnell passiert: Die Konzerttickets sind im Warenkorb, nun geht es ans Bezahlen. Doch warum ist es plötzlich teurer als gedacht? Ein Klick zurück, und dann ist es klar: Die Ticketversicherung wurde einfach hinzugefügt! Mit sogenannten Dark Patterns – also Zusatzleistungen, die automatisch hinzugefügt werden, wenn das Häkchen nicht aktiv entfernt wird – bereichern sich immer mehr Onlineplattformen. Dazu gehören auch Count-

downs: Wird der Kauf nicht innerhalb dieser Zeit abgeschlossen, werden die Tickets wieder freigegeben. Das erhöht den Zeitdruck und vergrössert die Gefahr, versteckte Kosten zu übersehen. «Neben den typischen Dark Patterns setzen die Ticketplattformen weitere manipulative Gestaltungselemente ein», schreibt der Konsumentenschutz Schweiz.

HALL OF SHAME. Deshalb hat der Konsumentenschutz nun eine Website ins Leben gerufen, die Konsumentinnen über solche Praktiken informiert. Auf da-pa.ch finden sich Informationen über Dark Patterns. In einer «Hall of Shame» werden konkrete Beispiele aus der Praxis aufgeführt. (mk)



workrätsel Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel FloraAlpina in Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 1
Das Lösungswort lautete: RUECKGRAT

Z	F		T	E		P		B	
E	I	N	K	E	H	R		L	A
N	G	A		U	N	I	O	N	E
T	U	E	R	K	E	I	T	S	C
I	R	R	I	G	R		K	O	S
A	L		D	I	E	N	S	T	E
B	E	R	G	W		S	U	E	N
K		L	A	E	U	F	I	G	F
B	E	B	E	N	G	S		B	I
B	O	R	H		M		M		S
L		G	R	A	U	S	I	G	L
I	H	R	E	R	T		A	U	T
D		A	N	D	E	U	T	U	N
G	E	L	D		A	R	I	E	S

DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im Hotel Belvedere in Grindelwald BE hat gewonnen: Verena Piller-Schwaller, Alterswil FR. Herzlichen Glückwunsch!

Roman von Stephen King (dt.)				Sing-vögel	Helden-gedichte	sorg-fältig, genau			Erb-anlagen	...Drain im West-balkan	internat. Presse-agentur	Muskel-fort-setzung		Luzerner Fuss-ballclub		Titelfigur bei Les-sing †	Wasser-vögel, Teich-hühner	Kosmos, Welt-raum	Abk.: Tisch-tennis
Unia: «die Vielfalt ist unsere ...»			10						schweiz. Pop-sänger							Hinweis			
Grill-party				Begrüs-sungs-wort auf Hawaii	Grund-zahl, -linie (math.)	Stütz-substanz im Skelett		4						recht-winkliger Behälter		Com-puter-taste			
									frz.: Gen-fersee: Le ...		Fisch-marder		Explo-sions-geräusch						Paddel-boote
						Musik-festival in Nyon		Bündner Wurst								Ver-fasser		Ruhe-ständler, Pensio-nierter	
engl.: sauber				ausser-ordent-lich		Erfinder-schutz-urkun-den							knappe Unter-hosen		Zeit-alter				
Geburts-ort, Zuhause			9						Riese d. griech. Mytho-logie		Vulkan-insel vor Mindanao		sich wundern				3		
						Lanzen, Speere		Zahlen-über-sicht								Basken-mützen		Augen-blick, im ...	
Geflügel-art		Papa-geien-vogel			Bil-dungs-veran-staltung								komfor-table Hotel-zimmer			Fussbe-kleidung (engl.)			
Kriminal-polizei (Kw.)								ge-räusch-voll		Bundes-amt für Sport		Wurf-sport-gerät					Augen-schliess-falten		ge-schnitte-nes Holz
					besitz-anzeig. Fürwort (2. Pers.)		Kinder-arbeit für ...								altes Apothe-ker-gewicht		Gebäck: ...kuchen		7
Hirsch-art: ...hirsch				geistl. Amts-bezirk							schweiz. Jugend-herber-gen		Durch-einander		1				
helle engl. Biere						israel. Autor † 2018 (Amos)		Ausruf d. Über-raschung		Wett-kampf-beginn						Initialen e. frz. Filmidols der 60er †		auf diese Weise, derart	
Bündner Tal				Atom-abart						pro Einheit			tödliche Faser						
								spotten								Grund-nah-rungs-mittel			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 26. Februar 2026

INSERAT

UNIA

Neu: Industrie-News

Bleibe auf dem Laufenden mit dem neuen Industrie-Newsletter der Unia.

Du erhältst 8x pro Jahr die wichtigsten Infos von deiner Gewerkschaft in der Industrie und nützliche Ratschläge, wie du deine Rechte am Arbeitsplatz einfordern kannst.

Melde dich jetzt für den Newsletter an.





WORKLESERINNENFOTO

Weisse Grüsse aus Finnland

WANN 23. Januar 2026
WO Levi (Finnland)
WAS Ein «unglaublich schöner» Sonnenuntergang
Eingesandt von Elisabeth Fux, Brig VS

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



Katastrophe von Prilly: Justiz reagiert auf vernichtenden Expertenbericht

«Gerüsteinsturz war nur eine Frage der Zeit»

WORKZEITUNG.CH / 27. 1. 2026:
KATASTROPHE VON PRILLY

Wir leiden!

Traurig, aber leider unser tägliches Brot. Termine kannst du nur noch einhalten, wenn du übertrieben Gas gibst oder Überstunden machst und auch noch am Samstag arbeiten gehst. Dann hast du meistens noch einen langen Arbeitsweg, den du am Morgen und am Abend zurücklegen musst. Der Preiskampf spitzt sich immer mehr zu, und die Termine werden immer knapper gesetzt. Wir müssen bei jedem Wetter arbeiten, egal ob es zu heiss oder zu kalt ist. Auch wenn es übermässig regnet, interessiert das niemanden. Nur wir, die täglich draussen auf der Baustelle sind, leiden darunter. Sonst niemand. Aber es muss zuerst etwas passieren, ein Unfall oder sogar ein Todesfall. Dann wird darüber geredet. Doch ändern tut sich nichts. Wirklich schade. Ich arbeite seit 17 Jahren auf dem Bau und weiss, wie das abläuft. Leider wird die Situation durch fehlendes Personal immer schlimmer.

SANDI_SIGI, VIA INSTAGRAM

Liebe Politiker

Wenn das Gesetz besagt, dass öffentliche Ausschreibungen an den billigsten Anbieter gegeben werden müssen, dann ist auch so etwas ein Resultat einer bescheuerten Gesetzgebung, die SVP und FDP durchgesetzt haben.

SERGIO VOGEL, VIA INSTAGRAM

Vom Fach?

Die Leute, die das kontrollieren, müssten halt auch Ahnung haben von der Materie; und zwar nicht nur in der Theorie. Ich verstehe nicht, wieso man dafür nicht Fachleute aus den jeweiligen Branchen engagiert, die wüssten, worauf zu achten ist.

VETTER DOMINIK, VIA INSTAGRAM

Es geht nur um Gewinne

Wenn fast nur temporäre Arbeiter auf Grossbaustellen rumlaufen, die extrem niedrige Löhne bekommen, damit die Firmen ihre Gewinne

maximieren können, muss man sich wundern, dass nicht viel mehr passiert.

USER3V4, VIA TIKTOK

BERICHTERSTATTUNG ZUR TRAGÖDIE Grans-Montana nie vergessen! Und Mattmark?

Wenn ich die Berichterstattung der tragischen Tragödie von Crans-Montana in den Medien verfolgt habe, ist mir eines aufgefallen: Mattmark existierte nicht. In vielen Berichten wurden ähnliche Ereignisse aufgegriffen, aber Mattmark? Geographisch nur wenige Kilometer von Crans-Montana entfernt, im Saastal, ereignete sich 1965 eine grosse Katastrophe; durch menschliche Schlamperei verursacht, verloren 88 Menschen ihr Leben, darunter 56 Italiener, 24 Schweizer, 3 Spanier, 2 Österreicher, 2 Deutsche und ein Staatenloser. Damals drehte sich die Diskussion um die Verantwortung, Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz. Schon damals warnten die Behörden vor voreiligen Schlüssen, man müsse zuerst die Untersuchungen abwarten, und die gesetzlichen Bedingungen seien ausreichend. Nach sechseinhalb Jahren wurden 17 Verantwortliche vor dem Bezirksgericht Visp angeklagt. Das Gericht sprach nach einer Woche alle Verantwortlichen frei. Der Gipfel des Skandals in der Berufung, die wiederum zugunsten der Angeklagten ausging, wurde den Klägersfamilien die Hälfte der Prozesskosten aufgebürdet. Ich hoffe, dass dies den Opfern von Crans-Montana und deren Angehörigen

nicht widerfährt. Nach der grossen Trauerbewältigung sind schonungslose Aufklärung innert nützlicher Frist und Bestrafung aller Verantwortlichen angesagt, ohne Verzögerungen und Rücksicht auf Kantönleiste.

RUEDI AMREIN, WILCHINGEN SH

WORKZEITUNG.CH / 14. 1. 2026:
RECHTE PFEIFEN AUF VOLKSWILLEN

Ich schäme mich

Als SVPLer schäme ich mich für diese Entscheidung. Die Umsetzung der Pflegeinitiative wäre verdammt notwendig.

ROBIN_LA, VIA INSTAGRAM

Vertrauen weg

Das geht gar nicht. So verliert die Politik ihre Glaubwürdigkeit und das Interesse von vielen, an Abstimmungen und der Demokratie teilzunehmen. Aber hallo?! Geld regiert die Welt. Wo bleibt da die soziale Schweiz? Nirgends.

ASSISTENZ_WINTERTHUR, VIA INSTAGRAM

Wozu denn?

Für was stimmen wir eigentlich noch ab, wenn die in Bern sowieso machen, was sie wollen?

SAMLIA9, VIA INSTAGRAM

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.ch **Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**



DÉSIRÉE SCHMIDHALTER

FREERIDE, FASNACHT, FEMINISMUS

Wenn Désirée Schmidhalter mal keine Lektion hat, geniesst sie die Pisten auf ihre Art – mit Noseturns, Powerslides und anderen Tricks aus der Boarderwelt. Auch ein Three-Sixty liegt durchaus drin. Weniger Fan ist sie vom Sliden auf Metallstangen.

PULVER. Wenn aber Pulver liegt, juckt es sie in den Beinen! Eine vernarrte «Türlerin» ist sie aber nicht: «Ich fahre den Berg lieber runter, als ihn hochzulaufen!» Daher ist Freeride angesagt – also Tiefschneefahren von der Piste aus. Auch im Sommer ist die gebürtige Brigerbergerin alpin anzutreffen, wandernd oder kletternd.

UNIA. Eine zweite Leidenschaft ist die Fasnacht. Bei der Guggenmusik Ganter Brätscher spielt sie Bariton. Jüngst spielte ihre Kombo sogar international, bei einer Party im nahen Domodossola. Auch politisch ist sie engagiert. Nämlich beim Feministischen Kollektiv Oberwallis und bei der Unia, wo sie in der Frauengruppe aktiv ist.



Désirée Schmidhalter (38) hat ihr liebstes Hobby zum Beruf gemacht

Die Kids lehrt sie kurven, die Machos das Fürchten

Beruflich bewegt sich Désirée Schmidhalter immer im Oberwallis – und doch in zwei ganz verschiedenen Welten. Ihren Prinzipien bleibt sie aber überall treu.

JONAS KOMPOSCH | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

Der Tag beginnt garstig-grau, deutlich schlechter als angesagt. Zumal noch eine steife Brise aufzieht. Immer bissiger fegt sie über den nahen Simplon. Triebsschnee bedeckt die Pisten. Und eine kräftige Böe bringt den Schlepplift zum Stehen.

Plötzlich der Wetterumschwung! Die Sonne drückt durch, weit unten kommt das grüne Rhonetal zum Vorschein – und innert Minuten entfaltet sich die ganze Pracht des Skigebiets Rosswald, der Arbeitsplatz von Désirée Schmidhalter (38). «Nicht schlecht, gell?!» strahlt die eidgenössisch diplomierte Schneesportlehrerin aus Ried-Brig VS, dem Dorf an der Talstation. «Schau, das ist der Saflischpass und dort das Bortelhorn, unser Hausberg.» Sie zeigt auf einen schroffen, komplett weissen Dreitausender. Davor segelt ein riesiger Vogel. «Ein Bartgeier», weiss Schmidhalter. Und man

merkt sofort: Diese Frau ist hellbegeistert von ihrer Gegend – auch nach über zwanzig Jahren als Snowboardlehrerin am selben Ort. Das sei sogar etwas vom Schönsten an ihrem Job: «Wenn du die Faszination für den Berg und den Schneesport vermitteln kannst und dann siehst, wie die Gäste Freude haben an unserer Heimat.»

KANN'S AUCH MIT ÜBEREHRGEIZIGEN

Am meisten unterrichtet Schmidhalter Kinder und Jugendliche. Aber es gebe auch Erwachsene, die das Boarden noch lernen wollten. Wichtig sei in jedem Fall die Hilfe eines gut ausgebildeten Coaches. Denn: «Einmal verinnerlichte Fehler bringst du nicht mehr so leicht raus.» Und wenn man von Profis lerne, mache das Snöben einfach auch schneller Spass. Und genau darum gehe es. Das müsse sie manchmal erklären. Denn: «Wie in der Schule gibt es auch am Berg übermotivierte Eltern, die das Gefühl haben, ihr Kind müsse schon dies und das beherrschen oder gehöre mindestens in eine Klasse höher.» Da brauche es dann jeweils Fingerspitzengefühl und eine gute Kom-

munikation. Damit der Ehrgeiz der Eltern dem Kind nicht die Freude nehme. Doch mit Leuten reden und dann eine Lösung finden – das kann Schmidhalter. Nicht nur weil sie ein offen-aufgestelltes und schlagfertiges Naturell hat. Sondern auch weil sie studierte Sozialpädagogin ist und entsprechende Berufserfahrung hat.

Ins Soziale hatte es Schmidhalter nach einer Lehre als Bauzeichnerin verschlagen. In ihrem damaligen Architekturbüro habe sie etwas gar wenig mit Menschen zu tun gehabt. Das war im Sozialwesen definitiv anders – und trotzdem kehrte sie der Branche wieder den Rücken.

Mit ein Grund dafür sei deren chronische Unterfinanzierung gewesen: «Es ist sehr schwierig, wenn überall gespart wird.» Den «Gong gegeben» habe ihr aber etwas anderes: «Ich fand heraus, dass ein Mitarbeiter in der gleichen Position 1000 Franken mehr verdiente als ich!» Sie bat um ein Lohngespräch, doch der Chef bot ihr nur einen Hunderter mehr. «Das war ein Affront, und ich kündigte!» Pech für die Sozialbude, gut für das Skischulbüro von Rosswald, wo Schmidhalter direkt anfangen konnte. Und mittlerweile eine der erfahrensten Mitarbeiterinnen ist. Neben ihrem eidgenössischen Diplom hat sie die sogenannte Backcountry-Ausbildung. Damit darf sie mit Gästen auch freeriden, also abseits der Piste den Pulver geniessen. Pro Monat verdient sie so knapp 2000 bis gut 4000 Franken, je nach Auftragslage.

Aber was, wenn der letzte Schnee geschmolzen ist? Seit rund zwei Jahren ist Schmidhalter wieder in ihrem gelernten Beruf tätig, bei der Firma Ritz Architektur AG mit Standorten in Bellwald und Grenchen. Dort sei mehr Teamarbeit gefragt als bei ihrer ersten Zeichnerinnenstelle in einem kleineren Büro. Und auch

sonst werde einem vieles ermöglicht. Schmidhalter rechnet der Firma zum Beispiel hoch an, dass sie die ganze Skisaison fehlen darf. Zumal noch eine weitere Bürokollegin im Winter Snowboardlehrerin ist. Gleichzeitig sei klar: «Manchmal muss man halt auch selbst etwas wagen. Und sagen: «Das muss jetzt möglich sein!» Jedenfalls nütze die Flexibilität ja auch der Firma. Und der Branche sowieso, da sie so diverser werde. Was dringend nötig sei: «Der Bau ist noch immer eine ziemliche Männerdomäne – und man hört noch zu viele dumme Sprüche.» Doch Schmidhalter ist keine, die aufs Maul hockt. Schon gar nicht in solchen Situationen. «Für Gleichstellung setze ich mich immer ein, egal ob im Job, an der Bar oder sonstwo!»

ENGAGIERT MIT BAR UND FACKELN

Dass man sich einsetzen muss für seine Anliegen, habe sie nicht zuletzt von ihrer Mutter gelernt: Doris Schmidhalter-Näfen war zwanzig Jahre lang SP-Grossrätin und bis vor kurzem Präsidentin der Unia Wallis. Als Tochter der «roten Doris» sei sie mit vielen Vorurteilen konfrontiert worden, sagt Schmidhalter. Doch im Argumentieren in der Beiz habe sie das nur noch gestärkt.

Bloss schade, dass das Beizensterben auch vor dem Rosswald nicht Halt macht. Après-Ski ist schon fast nicht mehr möglich, seit das legendäre «Tipi» und das dazugehörige Hotel samt Bar geschlossen haben. Gut gibt's die Ski- und Snowboard-Lehrer und -Lehrerinnen! Sie organisieren nämlich nicht nur Events wie Vollmond- und Fackelabfahrten, sondern betreiben neuerdings auch eine kleine Schneebär. «Fröschi» heisst ihr giftigster Drink, ein Pfefferminztee auf grünem Wodka. «Nicht unbedingt mein Favorit», meint Schmidhalter. Und brettet jetzt doch davon!



WERKZEUGE EINER SCHNEESPORTLEHRERIN: Olaf nutzt Désirée Schmidhalter, um Bewegungsabläufe aufzuzeigen, die Ringe unterstützen die Schülerinnen und Schüler bei der Rotation, und auch das Erste-Hilfe-Set darf nicht fehlen.

Sozialabbauer? Lohndumper?
Jobvernichter? work nennt die Namen.
Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.



WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophie.zbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer: Darío Antonelli, Peter Bodenmann, Roland Erne, Aida Fardad, Laura Gonzalez, Sarah Haider, Maria Künzli, Giacomo Sini, Clemens Studer, Rocco Zacheo, Noémie Zurlinden. Gestaltung/Layout Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch; Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold. Sekretariat Fabienne Jälyli, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing Fabienne Jälyli, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.